



Wohnbeihilfe erhöhen!

Unterschriftenaktion der KPÖ für leistbares Wohnen – Seite 2-3



Der Zentralverband der Pensionisten setzt sich seit 1924 für die Rechte der älteren Generation ein. Beratung und Information steht im Mittelpunkt der Tätigkeit des engagierten Pensionistenverbandes, der seit 90 Jahren von der KPÖ unterstützt wird. Die Gemütlichkeit kommt beim Zentralverband der Pensionisten nicht zu kurz! Seite 10.



Sozial- und Mieterberatung

der KPÖ Gratwein-Strassengel
mit Phillip Reininger und Elke Kahr

Mittwoch, 22.10.2014, 17.00 Uhr, Marktcafe Gratwein,
Hauptplatz 2. Anmeldung: 0681/81877656



**DIE KPÖ FORDERT:
WOHNEN MUSS WIEDER
LEISTBAR WERDEN!**

- Erhöhung der **Wohnbeihilfe**, Erhöhung der Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe.
- Mehr **sozialer Wohnbau**, mehr Gemeindewohnungen! Nur das garantiert ein ausreichendes Angebot an dauerhaftem und leistbarem Wohnraum.
- Wiedereinführung der **Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrags** (ein Prozent des Bruttolohns wird dafür von allen Arbeitern und Angestellten abgeführt). Diese Gelder, die das Land erhält, werden seit 2008 nicht für Wohnbau, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet.
- Wiedereinführung von fixen **Mietzinsobergrenzen**.
- Eine **Sonderwohnbeihilfe** für jene, die aufgrund fehlgeleiteter Wohnungspolitik des Landes mit massiven Mieterhöhungen konfrontiert sind.
- Einführung eines landesweiten **Kautionsfonds**.
- **Meldepflicht** für leerstehende Wohnungen.
- Keine **Befristung** von Mietverträgen!
- Vermittlungs**provisionen** sollen vom Vermieter gezahlt werden.

KPÖ INTITATIVE FÜR LEISTBARES WOHNEN

Wohnen darf nicht arm m

2013 sind die Mieten durchschnittlich um 3,6 % gestiegen. Im 1. Halbjahr 2014 waren es 4 %. Die Teuerung bei Betriebskosten sorgt ebenfalls für einen Anstieg der Wohnkosten. Immer mehr Menschen haben Probleme, ihre Wohnung zu finanzieren. Viele Steirerinnen und Steirer müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aufwenden.

Ein Drittel des Einkommens für Wohnen – das ist genug!

Die steirische KPÖ setzt sich dafür ein, dass Familien nicht mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zweckmäßig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dass Wohnen wieder leistbar wird.

Wohnbeihilfe erhöhen!

Die Wohnbeihilfe wurde 2011 massiv gekürzt. Zuletzt bezogen nur noch 27.500 Haushalte diese Unterstützung, weil seit Jahren keine Anpassung der Einkommensgrenzen erfolgte. Dadurch fallen tausende Steirerinnen und Steirer aus der Wohnbeihilfe – 5.000 waren es allein im vergangenen Jahr.

Nicht einmal ein Ehepaar, das

Mindestpension bezieht, hat Anspruch auf Wohnbeihilfe. So kann es nicht bleiben. Die Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe muss dringend hinaufgesetzt werden. Außerdem muss die Wohnbeihilfe selbst erhöht werden und allen zur Verfügung stehen, die sie wirklich brauchen.

Wir brauchen mehr Sozialen Wohnbau

Das wirksamste Mittel gegen Wohnungsknappheit ist ein ausreichendes Angebot an leistbaren Wohnungen durch öffentlichen Wohnbau. Wenn die Abhängigkeit von Banken und Immobilienkonzernen sinkt, sinken auch die Mieten. Daher brauchen wir mehr sozialen Wohnbau, mehr Gemeindewohnungen.

Ein Prozent des Lohnes wird von



jedem Lohn für Wohnbauförderung einkassiert. Die Landesregierer haben sich aber entschlossen, dieses Geld für das Stopfen von von ihnen verschuldeten Budgetlöchern zu verwenden anstatt für kommunalen Wohnbau.

MEHR WOHNBEIHILFE, KOMMUNALES WOHNBAUPROGRAMM!

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Forderungen der steirischen KPÖ an die Landesregierung:

- Kommunale Wohnbauoffensive finanziert durch eine Zweckbindung der Wohnbaufördermittel
- Erhöhung der Wohnbeihilfe und Anhebung der Einkommensgrenze

| Vor- und Zuname | Geb. Datum | Wohnadresse | Unterschrift |
|-----------------|------------|-------------|--------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

machen!

ist
teuer!



Die KPÖ machts vor

In Graz, wo die KPÖ mit Stadträtin Elke Kahr für das Wohnungsressort zuständig ist, gibt es einen Wohnkostenzuschuss für Gemeindewohnungen, der gewährleistet, dass nicht mehr als ein Drittel des Netto-Haushaltseinkommens für Wohnen ausgegeben werden muss. Das Grazer Modell zeigt, dass das möglich ist.

Tarife und Gebühren

Auch bei den Tarifen und Gebühren kann der Teuerung bei den Wohnkosten Einhalt geboten werden. Das fängt bei den Betriebskosten an, geht über die Heiz- und Energiekosten bis hin zu Maklerprovisionen und Kautionen. Hier könnte viel für die jungen Familien in unserem Land getan werden.

KLEIN, aber MIT BISS



Der Regress ist Vergangenheit. Voves und Schützenhöfer sind noch im Amt, aber pensionsreif.

INHALT

| | |
|---|-------|
| Der Mythos vom steirischen Nulldefizit | 4 |
| Gemeinden im Abseits | 6/7 |
| Alle Macht den Gemeinderäten - Interview mit Kandidaten | 8/9 |
| Rundfunkgebühren | 10 |
| Aus den Bezirken: Regionalberichte | 11-14 |
| TopTicket für alle unter 26 | 15 |
| Warum Krieg? Veranstaltung der KPÖ zum Neutralitätsfeiertag | 16/17 |
| Glücksspiel: <i>Nicht ins Verderben rennen!</i> | 20/21 |
| Anzeigen, Leserbriefe | 22 |
| Tierecke, Impressum | 23 |

MEINUNG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Widerstand macht sich bezahlt

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Wir erinnern uns. Jahrelang haben uns die SPÖ-ÖVP-Zwillinge Voves und Schützenhöfer Folgendes einzureden versucht: eine Abschaffung des Pflegeregresses würde das Landesbudget zum Einsturz bringen. Die KPÖ hat sich von derartigen Horrormärchen nicht einschüchtern lassen. Wir haben im Landtag immer wieder die Abschaffung gefordert und zehntausende Unterschriften dafür gesammelt. Wir haben Menschen in der ganzen Steiermark für dieses Thema sensibilisiert. Schließlich wurde der öffentliche Druck für die Abschaffung so groß, dass SPÖ und ÖVP trotz ihrer großen Mehrheit im Landtag den Pflegeregress fallen lassen mussten.

Der Widerstand der Bevölkerung hat sich bezahlt gemacht.

Auf Seite 2 finden Sie eine Unterschriftenliste zum Thema „Leistbares Wohnen“. Konkret geht es um zwei Forderungen. Die Wohnbeihilfe muss end-

lich erhöht und der Bezieherkreis ausgedehnt werden. Außerdem brauchen wir eine Wohnbauoffensive zur Schaffung billigen Wohnraums. Dafür bitten wir die Steirerinnen und Steirer um ihre Hilfe. Wir haben im Landtag bereits Anträge eingebracht, die das Wohnen endlich billiger machen sollen. Ein Ausschuss „Leistbares Wohnen“ wurde eingerichtet. Nun geht es, ähnlich wie beim un gerechten Pflegeregress, darum, möglichst viele Menschen für die Unterstützung unserer Forderungen zu mobilisieren. Wenn wieder zehntausende Steirerinnen und Steirer unterschreiben, werden auch Voves und Schützenhöfer an diesen berechtigten Forderungen nicht vorbeigehen können!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
und Stadtrat in Leoben
Tel. 03842 / 22670

P.S. Unterschreiben Sie bitte nebenstehende Forderungen



Es geht ja doch

Auf Initiative der KPÖ beschloss der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag, dass es in den nächsten zwei Jahren keine Mieterhöhung in Gemeindewohnungen geben wird.

Wohnen ist zu teuer: Erster Erfolg

Die Bemühungen der steirischen KPÖ unter dem Motto: „Wohnen ist zu teuer“ um eine Erhöhung der Wohnbeihilfe und um ein kommunales Wohnbauprogramm zu erreichen, brachten einen ersten Erfolg. Der Landtag hat einen Ausschuss „Leistbares Wohnen“ eingerichtet.

Aus dem Landtag



Sparschweinpolitik

ZITIERT

„Die Wünsche der Bevölkerung wurden mit Füßen getreten und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gemeinde nicht beachtet. Bei der Gemeindestrukturreform in der Steiermark sind abenteuerliche Schweinereien passiert.“ Prof. Max Taucher, Obmann des Forum St. Lambrecht, im Gespräch mit KOMMUNAL

„Der diesjährige Song Contest in Kopenhagen hat 15 Millionen Euro gekostet, rund dreimal so viel wie erwartet. Der ESC in Österreich könnte noch teurer kommen.“ Die Presse, 4. 8. 2014

„EU und USA starten vollkommen verantwortungslos einen heißen Wirtschaftskrieg mit Russland. Mit dem Zudrehen des Kreditahns für russische Banken haben Merkel und Co. die Lunte zu einer globalen Finanzkrise angesteckt.“ Sahra Wagenknecht, Die Linke, 30.7. 2014

„Nun ist sie da, die ganz große Koalition in Europa.“ Blog „Lost in Europe“, 15. 7. 2014

„Schätzungsweise fielen im Sommer und Herbst 1914 (im 1. Weltkrieg) dem Terror der k. k. Truppen 30.000 serbische Zivilisten zum Opfer.“ Hans Hautmann, Junge Welt, 28. 7. 2014

„Der Aufschwung ist schwach, fragil und unstetig.“ Mario Draghi, Chef der EZB, 7.8.2014



Die Ära von Voves und Schützenhöfer neigt sich dem Ende zu. Kurz vor der nächsten Wahl feiert sich die große Koalition selbst: Man hätte ein „Null-Defizit“ erreicht und so die Steiermark „zukunftsfit“ gemacht.

Wer genauer hinschaut und sich nicht mit den gekauften Jubelartikeln in den großen Tageszeitungen zufrieden gibt, sieht schnell, dass abgesehen vom Schuldenberg nur die Unverschämtheit jener gewachsen ist, die das Ergebnis als Erfolg verkaufen. Der Schuldenstand des Landes beträgt aktuell mehr als € 2.822 Millionen Euro, und soll sich, so hofft die Landesregierung 2015 bei € 3.012.335.972 einpendeln. Diese Zahl ist allerdings auch nur Ergebnis zahlreicher neuer Tricks und Verschleierungsmaßnahmen.

Der brutale Kahlschlag bei Gesundheit, Bildung, in der Pflege und vielen weiteren wichtigen Bereichen wie im Wohnbau hat nicht geholfen: Dem Sparkdiktat aus Brüssel wird weiterhin Folge geleistet.

Nach der Landtagswahl im Herbst 2015 sollen die schon bisher verheerenden Kürzungsmaßnahmen noch einmal drastisch verschärft werden, weitere 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr „eingespart“ werden.

Versteckt wird diese bittere Bilanz hinter der Nebelgranate „Haushaltsreform“: Die Einführung der doppischen Buchhaltung, gepaart mit Elementen des New Public Management (NPM). Die Details des Budgets werden vor dem Landtag und dem Bürger versteckt, stattdessen wollen die Regierungsmitglieder sich in Zukunft an selbstgesteckten Zielen messen lassen, die Latte hängt

dabei umso niedriger, je drängender die Lage.

Hier ein charakteristisches Beispiel aus dem Budgetvoranschlag, den Landesrätin Vollath Ende September vorlegte:

Indikator-Nr. 1, Bezeichnung Anzahl der gebauten Wohneinheiten
Die Anzahl der gebauten (geförderten) Wohneinheiten dient zur Steuerung des Bedarfs. Der Sollwert orientiert sich am Wohnbedarf. Der Indikator ist eine Einzahlangabe über alle Förderprogramme für den Wohnungsneubau.
IST-Wert: Noch kein Referenzwert festgelegt
Zeitpunkt:
Quelle:
SOLL 2015: Noch kein Referenzwert festgelegt
SOLL mittelfristig:
Zeitpunkt:

Aus dem Landesbudget: Rubriken ohne Angabe von Zahlen. „Der Standard“ schreibt: „Der Mythos vom Nulldefizit“

Jahrzehntelang wurden die Wohnbautöpfe ausgeräumt, jetzt gibt es für den sozialen Wohnbau keine Perspektive. Dabei erhielt das Land

Steiermark 2011 vom Bund 498,7 Millionen Euro für den Wohnbau. Nur etwa 440 Mio. EUR wurden im weitesten Sinne für Wohnbau aufgewendet. Die Differenz versenkte man in Events und Prestigeprojekten, an die sich heute niemand mehr erinnern kann. Über die folgenden Jahre gibt es keine Auskunft, und in den mehr als 700 Seiten des Landesvoranschlages wird trotz aller angeblichen Transparenz kein Wort darüber verloren.

Kleiner Nachsatz:

Da beliebige Mittelumschichtungen innerhalb der Global- und Detailbudgets allein in der Verantwortung der einzelnen Mitglieder der Landesregierung liegen, gibt es keinerlei laufende Kontrolle über die tatsächliche Gebarung des Landes. Sogar Vorgänge in Größenordnung der Schi-WM in Schladming können lange unbemerkt bleiben und mangelnde Kontrolle lädt zur Wiederholung von Fehlentscheidungen ein. Eine Mittelumschichtung in

dieser Höhe wäre nicht einmal mehr durch die Landesregierung beschlusspflichtig.

Die aktuellen Einkommen in der Politik

| Funktion | Bruttogehalt 14x pro Jahr |
|---------------------------------|---------------------------|
| Bundespräsident Fischer | € 23.631 |
| Bundeskanzler Fayman (SP) | € 21.099 |
| Landeshauptmann Voves (SP) | € 16.036 |
| LH-Stv. Schützenhöfer (VP) | € 15.191 |
| Landesrat (SP, FP, VP) | € 14.348 |
| Bürgermeister Nagl in Graz (VP) | € 13.082 |
| Stadträte in Graz | € 10.128 |

Die KPÖ-Politiker haben sich verpflichtet die überhöhten Beträge für soziale Zwecke zu spenden. Sie behalten höchstens 2.200 Euro für sich selbst.

Aus Hotel wird Flüchtlingsheim: Landtag mit Spital am Semmering solidarisch

Die Krisenpolitik der EU führt dazu, dass eine steigende Anzahl von Menschen ihre durch Krieg und Unrecht verwüstete Heimat verlassen muss.

So werden bis zu 270 zusätzliche Kriegsflüchtlinge in Spital am Semmering untergebracht. Dieses Thema beschäftigte den Landtag in seiner Sitzung Ende September. Es wurde ein Antrag verabschiedet, der u.a. die Ausarbeitung eines Konzeptes für eine ausgewogene Verteilung von Kriegsflüchtlingen in Zusammenarbeit mit Städte- und Gemeindebund fordert. Außerdem spricht sich der Landtag dafür aus, dass die neuen Betreuungsplätze in Spital sofort abgezogen werden, sobald die Steiermark ihre Aufteilungsquote erfüllt.

NATO-Aggression

LAbg. Werner Murgg (KPÖ): Die öffentliche Hand soll vermehrt Ob-

jekte zur Unterbringung zur Verfügung stellen, um endlich der Geschäftemacherei von Privaten mit Flüchtlingsunterkünften einen Riegel vorzuschieben. Nur so kann gewährleistet werden, dass ein ausgewogenes Verhältnis von Asylsuchenden mit der einheimischen Bevölkerung hergestellt wird. Murgg erinnerte die EU- und NATO-Befürworter der übrigen Parteien an eine traurige Tatsache: „Viele Flüchtlingsströme waren und sind das Ergebnis der Zündelei und Aggression der NATO-Staaten, die von allen österreichischen Bundesregierungen vorbehaltlos unterstützt wurden und werden. Im Irak und in Syrien hat diese Politik erst dazu geführt, dass heute Hunderttausende auf der Flucht sind!“



Pflegeregress abgeschafft



Solidarität und beharrlicher Protest Schatten beim Pflegeregress Erfolg. Diese ungerechte Sondersteuer für Angehörige von Pflegefällen, die es nur mehr in der Steiermark gab, wurde mit 1. Juli 2014 abgeschafft. Damit reagierte die Landesregierung auf den Druck von ÖGB, Arbeiterkammer, vielen Gemeinden und anderen Organisationen, besonders der KPÖ, die allein über 20.000 Unterschriften für die Abschaffung des Pflegeregresses sammelte.

Drohender Ärztemangel

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) konfrontierte Gesundheitslandesrat Christopher Drexler (ÖVP) mit dem durch eine EU-Richtlinie drohenden Ärztemangel in den steirischen Spitalern. Klimt-Weithaler:

„Schon jetzt ist der Personalmangel eklatant hoch.“ Drexler verwies darauf, dass die Richtlinie erst bis 2021 endgültig umgesetzt werden muss. Es gäbe aber bereits Verhandlungen mit der KAGES.

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Sozialpolitik statt Eventpolitik!



Jahrzehntelang wurde das Geld in der Steiermark beim Fenster hinausgeschmissen. An die Events, Prestigeprojekte und Freundschaftsdienste im Dunstkreis der Großparteien erinnert sich heute kaum noch jemand. Dafür wurden die Wohnbautöpfe ausgeräumt und der KAGES Milliarden an Schulden umgehängt. So konnten die Schulden im Budget „versteckt“ werden. Die selbst ernannten Reformpartner lassen sich feiern – die Rechnung zahlen aber die Steirerinnen und Steirer. Schon jetzt haben sich Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer festgelegt, nach der Wahl weiterzumachen. 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr wollen sie nach eigenen Angaben künftig weniger ausgeben. Da das Land nur über ca. 420 Millionen Euro aus dem Gesamtbudget frei verfügen kann (der Rest sind Pflichtausgaben), sind Kürzungen in der genannten Höhe ohne weitreichende Privatisierungen im Gesundheitsbereich nicht zu verwirklichen. Zur Erinnerung: Vor zwei Jahren wollten Voves und Schützenhöfer das LKH West, das zweitgrößte Kran-

kenhaus der Steiermark, privatisieren. Das ist zum Glück am Widerstand der Belegschaft gescheitert.

Der Schuldenstand des Landes hat einen Höchststand erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist hoch wie lange nicht mehr. In den vergangenen Jahren wurde der größte Sozialabbau seit 1945 durchgeführt, Schulen und Krankenhausabteilungen wurden geschlossen. Die Kinderarmut hat einen traurigen Höchstwert erreicht, auf den das Land mit neuen Kürzungen im Bereich der Jugendwohlfahrt reagiert. Und tausende Steirerinnen und Steirer haben Monat für Monat Schwierigkeiten, sich das Dach über dem Kopf leisten zu können.

Sozialabbau und Privatisierungen lösen keine Probleme, sie legen den Grundstein für Armut und Verelendung. Wir brauchen öffentliche Investitionen, eine Bekämpfung der Armut, kurz: eine Abkehr von dieser neoliberalen Politik.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Es reicht!

Soziales darf nicht untergehen



GEMEINDEFUSIONEN: MIT DER ABRISSBIRNE DURCH DIE STEIERMARK

Ein Drittel der Betriebe zugesperrt?

Wenn Ihnen jemand sagt, in der Steiermark würden ein Drittel der Betriebe zugesperrt: Das wäre eine alarmierende Nachricht. Tatsächlich werden 236 Gemeindeämter mit all ihren wirtschaftlichen Kompetenzen geschlossen. Ein schwerer Schlag für die öffentliche Wirtschaft und was daran hängt.



Voves und Schützenhöfer wollen den Leuten diese Kahlschlag-Aktion als „Strukturreform“ verkaufen. Aber was wird eingespart? Demokratie und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die große Mehrheit der zwangsverheirateten steirischen Gemeinden lehnt diese Maßnahme ab, nur sehr wenige wehren sich, weil sie die Rache der „Oberen“ fürchten.

Freiwillig ja zwangsweise, nein

Ein Beispiel, wie eine Fusion funktionieren

könnte, aus Oberösterreich: Die Gemeinden Aigen und Schlägl wollen sich freiwillig zusammenschließen. Oberste Bedingung: Die Bevölkerung beider Gemeinden steht hinter dem Projekt. Von Anfang an wurde die Bevölkerung über alle Schritte informiert, man ließ sich auch genug Zeit, um alle Anregungen und Wünsche einzubeziehen. Vor der Zusammenlegung, welche im März kommenden Jahres stattfinden wird, gab es aber nicht nur Informationsveranstaltungen, sondern auch eine Volksabstimmung, bei der sich rund 90 Prozent der Bevölkerung für die Fusion aussprachen.

Budget hereinkommen. Geld, das letztlich bei den Gemeinden fehlt – Infrastruktur, Personal, Service sollen eingespart werden. Dass dies nicht im Sinn der Bevölkerung ist, liegt auf der Hand. Kein Wunder, dass zahlreiche Gemeinden gegen ihre Zwangszusammenlegung beim Verfassungsgerichtshof Klage eingereicht haben. Der VfGH will noch in diesem Herbst erste Urteile fällen.

Wer zahlt?

Nach dem Sachlichkeitsgebot, welches die Bundesverfassung bei Gemeindezusammenlegungen vorsieht, können Fusionen nur dann stattfinden, wenn sie insgesamt betrachtet Vorteile und Verbesserung für die Einwohner mit sich bringen. Die Meinung der Bevölkerung ist dabei explizit von wesentlicher Be-

deutung. In vielen Kommunen wurde die Bevölkerung jedoch gar nicht erst befragt, in manchen, wie etwa in Parschlug, Oberaich oder Eisbach, findet die Fusion gegen den Willen der Betroffenen statt. Von Anfang an wurde über Kritiker drübergefahren, in Hinterzimmern werden weitreichende Beschlüsse gefasst, deren Auswirkungen die Menschen noch in Jahrzehnten zu spüren bekommen. Drohende Gebührenerhöhungen, schlechtere Infrastruktur, weitere Wege in der Gemeinde und ein fehlender kultureller und sozialer Zusammenhalt – dagegen helfen keine teuren Hochglanzbroschüren und auch keine Zeitungsinserate. Die Landesregierung will sich als „Reformpartnerschaft“ feiern lassen. Die Kosten für diese Feier müssen aber die Steirerinnen und Steirer zahlen.

Kindergärten, Schulen, Gemeindeämter...

Gemeindefusion heißt Sparen am Rücken der Bevölkerung

Volksbefragung

NEIN zur Gemeindefusion!

KPO

Kaputtsparen

In der Steiermark hingegen werden sie von der Landesregierung, oft gegen den Willen von Gemeinderat und Bevölkerung, durchgezogen. In einigen Fällen wurde sogar über gegenteilige Volksabstimmungen drübergefahren. Sozusagen mit der Abrisssbirne fahren die sogenannten „Reformpartner“ von SPÖ und ÖVP durch die Steiermark. Oberstes Gebot: Geld einsparen. Mindestens 45 Millionen Euro pro Jahr sollen dadurch für das

KEINE STIMME für die Demokratieverweigerer SPÖ und ÖVP

Politiker die den Willen der Bevölkerung, von der Sie gewählt wurden nicht respektieren, haben es nicht verdient, die Bevölkerung zu vertreten, weder im Landtag noch im Nationalrat

„Je weiter sich das Recht von Gerechtigkeit entfernt, desto weniger Menschen werden noch an den Rechtsstaat glauben. Die Folgen wären absehbar.“ Ernest Kaltenecker im Grazer Stadtblatt

2015 ist Gemeinderatswahl. In fusionierten Gemeinden wird vom 1.1. 2015 bis zur Wahl im März oder April ein Regierungskommissär eingesetzt, meist der Bürgermeister der größten Gemeinde.



Unsere Gemeinde Unsere Heimat

**Kahlschlag-Koalition:
Hunderterte Gemeinden
werden wegfusioniert**

Die steirische Gemeindeinitiative
www.gemeindeinitiative.at
bemüht sich um den Erhalt steirischer Gemeinden.

Schuldenschnitt statt Euro-Rettung! KPÖ für die Entlastung öffentlicher Haushalte

Werner Murgg, Landtagsabgeordneter der steirischen KPÖ: „Statt das kapitalistische Casino weiter mit Höchstensätzen am Leben zu erhalten, sollte bei den öffentlichen Haushalten ein Schuldenschnitt vollzogen werden. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und die Kaufkraft erhöhen. Die so genannten Rettungsmaßnahmen – also Gelddrucken – der EZB dienen

einzig der Absicherung hochriskanter Spekulationsgeschäfte.“

Damit der Euro weiter existieren kann, werden die Daseinsvorsorge (Pensionen, Bildung, Gesundheit...) und die Budgets der öffentlichen Hand in den EU-Mitgliedsstaaten geopfert. Die milliardenschweren Krisenmaßnahmen sind umso gefährlicher, als sich die EU zunehmend bereit zeigt, militärische Abenteuer zu wagen, etwa die Aufrüstung der bankrotten Ukraine zu finanzieren.

Musikschulen: Schon wieder Gebührenerhöhungen!



Fällt das Musikland Steiermark dem Sparstift zum Opfer?

Der neue Fördervertrag für Musikschulen verlangt höhere Tarife für den Besuch dieser Einrichtung. Auch das neue Organisationsstatut für die Musikschulen, das Verschlechterungen für erwachsene Musikschüler beinhaltet, sorgt für Unruhe. Die Musiklehrer befürchten eine Mehrbelastung durch das neue Dienstrecht, man spricht von Willkür

und unnötiger Bürokratie. Da von der Annahme des Organisationsstatutes und des neuen Dienstrechtes die Förderungen abhängen, werden die Gemeinden regelrecht zur Annahme des Fördervertrages erpresst. Die KPÖ stimmte im Landtag gegen dieses Musikschulpaket. Auch in den Gemeinden hat die KPÖ diese Problematik zur Sprache gebracht.

Bürgermeisterbezüge und Geld für Parteien

Der Landtag beschloss 2013 gegen die Stimmen der KPÖ eine neue Gehaltstabelle, die den Bürgermeistern eine kräftige Gehaltserhöhung spendiert. Anfang 2014 wurden die Bezüge der Bürgermeister je nach Gemeindegröße zwischen 11,7% und 53,8% erhöht. Siehe untenstehende Tabelle.

Bei sich selbst sparen die Parteien nicht: Seit 1.1.2014 wird eine steirische Sonderparteisteuer eingehoben. Die Gemeinden müssen pro

Bürger 5 Euro ans Land abliefern, die dann zur Finanzierung der Parteien verwendet werden.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Sonderparteisteuer ist eine weitere Belastung der Gemeindefinanzen. Wenn es um die Parteikasse und Bezüge für Funktionäre geht, wollen SPÖ und ÖVP auf einmal nichts mehr vom Sparen wissen. Dafür muss die steirische Bevölkerung ein Kürzungspaket nach dem anderen in Kauf nehmen.“

Bürgermeisterbezüge monatlich, brutto, 14 x

| Gemeinde-Einwohner | 2013, in Euro | ab 2014, in Euro |
|--------------------|---------------|------------------|
| bis 500 | 1.495 | 2.110 |
| 501 - 1.000 | 1.875 | 2.532 |
| 1.001 - 2.000 | 2.160 | 3.376 |
| 2.001 - 3.000 | 2.575 | 3.798 |
| 3.001 - 5.000 | 2.824 | 4.220 |
| 5.001 - 7.000 | 3.655 | 5.064 |
| 7.001 - 10.000 | 4.320 | 5.486 |
| 10.001 - 20.000 | 5.399 | 6.330 |
| 10.001 - 15.000* | | 6.230 |
| 15.001 - 20.000* | | 7.174 |
| 20.001 - 30.000 | 7.060 | 8.018 |
| über 30.000* | | 8.440 |



Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LAbg.
Werner Murgg

* Diese Gliederungen sind neu und gelten seit Jahresbeginn 2014

Bezüge anderer Gemeindefunktionäre, je nach Gemeindegröße:

| | |
|---|----------|
| Prozentsatz des Bürgermeisterbezugs, brutto, 14 x im Jahr | |
| Gemeindekassier | 50% |
| Vizebürgermeister:..... | 30% |
| Gemeindevorstandsmitglieder | 20% |
| Ausschussobleute, Ortsvorsteher:..... | max. 20% |



Gebührenerhöhungen lösen keine Probleme

Von Mario Radman

Ein ungerechter Finanzausgleich und falsche Prioritätensetzungen führen viele Gemeinden ins finanzielle Desaster. Wer aber glaubt, durch die Erhöhung von Gebühren – Müll, Wasser, Strom, Kanal, öffentlicher Verkehr, Schwimmbad usw. – diese Misere beenden zu können, der irrt! Gebührenerhöhungen lösen für die Gemeinde keine Probleme, sie treffen aber uns alle! Ich will mich auch besonders für die Jugend und für wichtige soziale Anliegen der Bevölkerung einsetzen. Das Profitstreben darf nicht Vorrang vor den Lebensinteressen der Bevölkerung haben.

Mario Radman, Spitzenkandidat der KPÖ für die Gemeinderatswahl in Vasoldsberg

GEMEINDERATSWAHLEN STEIERMARK 2015: KPÖ, LISTE 5

Wir wissen, wo der Schuh drückt

Helfen statt reden!

Seit über 10 Jahren bietet die KPÖ an allen Orten, wo sie Stützpunkte hat, eine kostenlose Mieter- und Sozialberatungen an. Einer großen Zahl Hilfesuchender konnte bisher geholfen werden.



Das macht die KPÖ einzigartig!

Geben statt nehmen!

Sämtliche KPÖ-Abgeordnetegaben im letzten Jahr rd. 125.000,- Euro für sozial benachteiligte Personen aus. Damit konnten Mieten, Strom, Heizung, Heilbehelfe, Schulsachen, Kleidung etc. bezahlt werden.

Wir sind täglich mit den Problemen der Menschen konfrontiert. Wir wissen, wo der Schuh drückt! Das macht die KPÖ einzigartig!



Die Gemeinde ist kein Privateigentum!

Die Gemeinde soll zum Nutzen der gesamten Bevölkerung arbeiten. Dazu sollen ihre Einrichtungen auch der Allgemeinheit dienen.

Die KPÖ sagt: Keine Privatisierung von

- öffentlichen Verkehrsbetrieben,
- Sportstätten und Freizeiteinrichtungen,
- öffentlichen Infrastrukturunternehmen wie Energieversorgern, Stadtwerken und Bauhöfen,
- Krankenhäusern, Ambulatorien und Rehabilitationszentren,
- Alters- und Pflegeheimen,
- Kultureinrichtungen (Musikschulen, Bibliotheken etc.),
- Schulen und Kindergärten.



KOMMENTAR WEIZ



Widerstand gegen teures Wohnen

Wohnen ist für viele Menschen bereits ein existentielles Problem. Wir erinnern uns noch alle an die von Kanzler Werner Faymann vor der letzten Wahl versprochene Wohnbauoffensive. Geschehen, um das Wohnen billiger zu machen, ist nichts. Jetzt hat auch die steirische SPÖ das Thema Wohnen entdeckt. Ein Jahr vor der Landtagswahl stellt sie einen „Powerplan für die Steiermark“ vor. Darin enthalten: Wohnen soll für alle Bevölkerungsschichten billiger werden. Die KPÖ hat im Landtag bereits zig Anträge zu diesem Thema gestellt. Beispielsweise die Forderung, die Wohnbeihilfe endlich zu erhöhen und den Bezieherkreis auszuweiten. Derzeit fällt bereits ein Mindestpensionistenehepaar um diese Beihilfe

um. Ein unhaltbarer Zustand! Die KPÖ-Anträge wurden in der Vergangenheit von ÖVP, SPÖ und teilweise auch von der FPÖ samt und sonders abgelehnt. Es geht nicht nur um die längst fällige Erhöhung der Wohnbeihilfe. Es geht auch um die Schaffung von mehr billigem Wohnraum, um die Mieten allgemein zu senken. Außerdem müssen die Gemeinden in die Pflicht genommen werden. Viele Menschen wissen gar nicht, dass die laufenden Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal und Müllabfuhr in den Gemeinderäten beschlossen werden. Die KPÖ tritt für einen längst fälligen Gebührenstopp ein.

Hannes Grünbichler
KPÖ-Gemeinderatskandidat
in Weiz

DEUTSCHLANDSBERG

Von Walter Weiss



Runter mit den Wohnkosten!

Wohnen ist für viele Menschen inzwischen zu einem extrem teuren Gut geworden. Viele Familien müssen bereits deutlich über 50 Prozent ihres Haushaltseinkommens dafür ausgeben. Erst neulich wurde wieder bestätigt: die Wohnkosten steigen mit plus 4,3 Prozent schneller als die Inflation. Bisher wurden die Betroffenen mit leeren Phrasen abgespeist. Die KPÖ kämpft seit Jahren dafür, das Wohnen billiger zu machen. Nun haben wir in der Steiermark eine weitere Initiative gestartet und sammeln Unterschriften. Wir fordern eine kommunale Wohnbauoffensive, denn nur der öffentliche Wohnbau übt einen Druck auf die Mietkosten aus. Und wir fordern eine längst fällige Erhöhung der Wohnbeihilfe und eine Ausweitung des Bezieherkreises. Ich werde diese Themen auch in unserer Gemeinde thematisieren.

Walter Weiss, KPÖ-Kandidat für die kommende Gemeinderatswahl in Deutschlandsberg

Kommentar von Jakob Matscheko

Teuerungsstopp in den Gemeinden durchsetzen!

Man merkt es in der Geldbörse: Alles wird teurer. Die Mieten und die Betriebskosten, also die Kosten für das Wohnen, steigen überdurchschnittlich. Die Kommunen verdienen an den Kommunalabgaben, also den Abgaben auf Müll, Kanal und Wasser. Sie hätten die Möglichkeit, kostenbremsend zu wirken, indem sie auf laufende Gebührenerhöhungen verzichten. Das wäre in vielen Gemeinden machbar.

Wenn man sich landauf und landab ansieht, was vor allem in den größeren Städten für Veranstaltungen und dergleichen ausgegeben wird, oder was oftmals großen Konzernen an Wirtschaftsförderung nachgeworfen wird, sieht man auch, woher das Geld für die Gemeinden kommen könnte.

Es darf nicht sein, dass Gemeindehaushalte durch extreme Belastungen der Bürger bei Müll-, Wasser- und Kanalgebühren finanziert werden. Leider gibt es die Tendenz, die Kosten für Krise und Bankenrettung von oben nach unten, vom Finanzminister zum Landeshauptmann und weiter zum Bürgermeister durchzureichen. Am Ende zahlen die Normalverbraucher über erhöhte Wohn- und Betriebskosten drauf. Die steirische KPÖ will verhindern, dass so Geld eingetrieben wird, das anderswo leichtfertig vergeudet wurde. In vielen steirischen Gemeinden setzen sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ für Gerechtigkeit bei den Gebühren ein. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten wäre ein Gebührenstopp bei kommunalen Leistungen wichtig.



Jakob Matscheko

UNVERZICHTBAR in Stadt & Land KPÖ



Wir können die Welt nicht retten ...

... aber wir können in unserer Gemeinde vieles verbessern

Mach mit für eine sozial gerechte Steiermark!

2015 finden in der Steiermark Gemeinderatswahlen statt.

Die steirische KPÖ glaubt, dass unsere Gesellschaft neue Ideen und eine neue Politik braucht. Die Leute sind der nationalen Hysterie, der sozialen Erschütterungen und der politischen Panik müde. Stabilität und Ausgewogenheit stehen im

Zentrum unseres Handelns für die benachteiligten und ausgebeuteten Menschen.

Unsere Devise: Ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden!

Wir wollen in der Steiermark eine gerechte Gesellschaft erreichen,

in der die Sorge um den Menschen im Mittelpunkt des Handelns steht. Der Reichtum muss besser geteilt werden.

Die Hauptprinzipien unserer Politik: Pragmatismus, Augenmaß, Hausverstand, Verantwortung.

Die KPÖ sucht Menschen mit Charakter, die bereit sind, sich auch bei Gegenwind in ihrer Gemeinde für soziale Gerechtigkeit einzusetzen und gegen Gebührenerhöhungen und Privatisierungen aufzutreten. Wir suchen Menschen, denen es nicht um Geld, Amterl und Posten geht, sondern um Inhalte.

RUFEN SIE UNS AN!

Tel. 0699 / 1253 4965 oder Tel. 0316 / 71 24 79

E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at

Adresse: KPÖ Steiermark, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz



Foto: Günter Menzl Fotolia.com

Der Preis des Warenkorb für Nahrungsmittel steigt schneller als die durchschnittliche Inflation. Eine Folge verfehlter Wirtschaftspolitik.



Teuerung stoppen!



**Damit wir uns das Leben
wieder leisten können!**

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at

RUNDFUNKGEBÜHREN UND TELEFONGEBÜHREN: BEFREIUNGEN UND ZUSCHÜSSE Lassen Sie sich nicht abkassieren!

Vor 20 Jahren steckte die Mobiltelefonie noch in den Kinderschuhen, das Festnetztelefon war Monopol. Danach gab es eine rasante technische Entwicklung in der Telekommunikation. Die Telekommunikationsmärkte wurden getestet und aufgeteilt. Vorerst schienen die Gebühren für die Verbraucher zu sinken.

Mit der Genehmigung der Fusion von Drei und Orange im Sommer 2013 hat die EU-Kommission endgültig dafür gesorgt, dass der Wettbewerb unter den Telefonieanbietern in Österreich ausgeschaltet wurde. Die Telefonkosten steigen von Jahr zu Jahr massiv an. Laut Erhebung der AK Oberösterreich wurden die Grundgebühren bei Handyverträgen seit 2005 um 76,2% angehoben.

Zuschuss zum Fernsprechentgelt

2011 kürzte das SPÖ-geführte Infrastrukturministerium den sogenannten Zuschuss zum Fernsprechentgelt von 16,57 auf 12 Euro. Seit diesem Zeitpunkt bekommen sozial bedürftige Festnetzkunden nicht mehr die volle Grundgebühr ersetzt. Begründet wurde dies damals mit angeblich sinkenden Telefoniegebühren. Doch davon ist spätestens seit zwei Jahren nichts mehr zu spüren.



Vor 20 Jahren sahen fast alle Telefone so aus.

Ganz im Gegenteil, nahezu alle Handytarife wurden massiv teurer. Doch nicht nur diese Preissteigerungen machen Mindestpensionisten wie Arbeitslosen gleichermaßen zu schaffen. Auch der Umstand, dass der Zuschuss zum Fernsprechentgelt nicht auf alle Tarife einlösbar ist und gerade die günstigen meist ausgenommen sind, belastet finanziell. Ein Handynetzbetreiber gewährt Beziehern des Zuschusses beispielsweise für die 12 Euro, die er vom Staat bekommt, nur 150 Minuten Telefonie. 1000 SMS kosten in diesem Tarif 150 Euro, ein Gigabyte Daten 358,40 Euro, welche privat zu bezahlen wären. Gleichzeitig bietet er anderen Kunden um insgesamt 10 Euro 1000 Minuten, 1000 SMS

und ein Gigabyte Daten. Wer SMS oder Internet bei seinem „Sozialtarif“ nutzt, kann daher leicht in die Kostenfalle tappen.

Eine Reform des Zuschusses zum Fernsprechentgelt, die die Anbieter verpflichtet, diesen auf all ihre Tarife einzulösen, ist höchst an der Zeit. Angesichts der massiv gestiegenen Kosten wäre auch eine Erhöhung dringend nötig.



Von Georg Erkingner

Gebühren Info Service - GIS

ORF-Gebühr

Das GIS hebt von jedem steirischen Haushalt monatlich Rundfunkgebühren von 25,18 Euro ein, darin enthalten 5,40 Euro Landesabgabe.

Personen mit geringem Haushaltsnettoeinkommen können eine Befreiung von der ORF-Gebühr beantragen. Dh. ein Einpersonenhaushalt darf nicht über 960,66 Euro, ein Zweipersonenhaushalt nicht über 1440,35 Euro liegen. Wohnungsmiete und außergewöhnliche Belastungen werden allerdings berücksichtigt!

Zuschuss zum Fernsprechentgelt

Die GIS ist auch Ansprechpartner beim Zuschuss zum Fernsprechentgelt und bei der Befreiung von der Ökostrompauschale. Für alle drei Unterstützungen kann mittels gemeinsamen Formulars angesucht werden.

Vorsicht vor Kostenfallen ist insbesondere bei der Auswahl eines Handytarifs geboten. Der Anspruch auf einen Zuschuss ist wie bei der ORF-Gebühr geregelt (siehe oben). Nähere Auskünfte gibt die GIS unter 0810 00 10 80 bzw. <http://www.gis.at/> Formulare sind auch in den meisten Gemeindeämtern erhältlich.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

Reich und arm

Die Vermögen wachsen immer schneller in Österreich: 1 Prozent aller Österreicher sind Euro-Millionäre. Sie besitzen mit **262 Milliarden Euro** mehr als ein Drittel der österreichischen Privatvermögen. Mehr, als die gesamte Staatsverschuldung unseres Landes ausmacht.

Die reichsten Österreicher laut „trend“-Ranking:

Familien Porsche & Piech:44,8 Mrd. €
Dietrich Mateschitz:7,5 Mrd. €
Familie Flick:6,9 Mrd. €
Johann Graf:5,05 Mrd. €
Karl Wlaschek:4,5 Mrd. €

Den Superreichen gegenüber stehen rund 300.000 Kinder in Österreich, die akut armutsgefährdet sind.

Sozial- und Mieterberatung

der KPÖ Gratwein-Strassengel mit Elke Kahr und Phillip Reininger

Mittwoch, 22.10.2014, 17.00 Uhr, Marktcafe Gratwein, Hauptplatz 2.

Tel: 0681/81877656



Kahlschlag-Koalition:

Bezirke und Gemeinden werden wegrationalisiert, Schulen geschlossen, Krankenhäuser und Polizeistationen „eingespart“: Was bleibt von der Steiermark nach Voves und Schützenhöfer? Die KPÖ ruft zur konstruktiven Gegenwehr gegen die Kahlschlagpolitik der Landesregierung auf. Tel. 0316/ 877 5102

GRATWEIN, JUDENDORF-STRASSENGEL, EISBACH-REIN, GSCHNAIDT

Eine neue Stimme in Graz-Umgebung

Phillip Reininger ist eine neue Stimme in der Großgemeinde Gratwein-Judendorf. Der 37jährige hat Erfahrung in der Sozialberatung und meint: „Auch bei uns gibt es viele Menschen mit sozialen Problemen. Deshalb ist ein unabhängiges Engagement auf diesem Gebiet notwendig. Mein Vorbild ist dabei die Arbeit von Elke Kahr und der KPÖ in Graz“. Mit Unterstützung aus der Bevölkerung können wir hier sicher einen Schritt vorankommen. Der Spruch „Helfen statt reden“ drückt dabei aus, worum es mir geht. Mit 1. Jänner 2015 steht in den bisherigen Gemeinden Eisbach-Rein, Gschnaidt, Judendorf-Straßengel und Gratwein ein tiefer Einschnitt bevor. Kein Wunder, dass es berechtigte Proteste gegen die Fusion gegeben hat. Wenn die Höchstgerichte entschieden haben, werden wir mehr wissen. Eines ist aber klar: Die Menschen, die von den anderen nicht mehr vertreten werden, brauchen auch bei uns eine Stimme. Wer Interesse an unseren Vorstellungen hat, kann uns unter folgenden Telefonnummern kontaktieren: 0681 81877656 oder 0664 1209700.



Bauen statt

sparen

Wir unterstützen Ihre Kandidatur für die Liste 5 bei der Gemeinderatswahl 2015

Tel. 0699 / 1253 495 oder Tel. 0316 / 71 24 79



Liste 5 **KPÖ**
www.kpoe-steiermark.at

Kommentar von Jürgen Höfler



Ein Herz für Gerechtigkeit

Liebe Mitbürgerin,
Lieber Mitbürger in Pöllau!

Ich bin jetzt schon mehr als vier Jahre Gemeinderat in Schönegg. Dabei habe ich keine Bäume ausreißen können. Vieles ist aber anders geworden. Die KPÖ hat aber für Information gesorgt. Ich weiß, dass diese Arbeit anerkannt wird. Trotzdem bin ich ein Einzelkämpfer geblieben.

Man fragt mich, warum ich mir das überhaupt antue? Aber tief im Herzen hat man eben eine Einstellung. Ich sehe mich immer als Vertreter der arbeitenden Menschen. Es wäre schade, die Position kampflos aufzugeben, aber ohne Mitstreiter fällt mir die Entscheidung, weiterzumachen, sehr schwer. Dabei braucht gerade die neue Großgemeinde Pöllau von Anfang an Kontrolle und Information.

Die Menschen, die Tag für Tag schwer arbeiten, werden von den Parteien nicht mehr richtig vertreten. Wer kümmert sich um die Bauern? Wer kümmert sich um die Arbeiter? Von den großen Parteien niemand mehr. Und die Neuen sind meistens Maulhelden oder Sternschnuppen, die bald verglühn.

Ich brauche Hilfe und Unterstützung. Mein Herz schlägt für die KPÖ. Könnte Deines nicht auch für Gerechtigkeit schlagen?

Ihr KPÖ-Gemeinderat
Jürgen Höfler (Schönegg)

NEUTRALITÄT HÄTTE GEHOLFEN

„Verzweifelte Lage“ – EU-Sanktionen

Der oberste Bauernvertreter in der Oststeiermark, Johann Reisinger, spricht in der Bauernbundzeitung von einer verzweifelter Lage der Landwirte in der Region. Ein Wort bringt er aber nicht über die Lippen: das Wort Sanktionen. Die verantwortungslose Politik der EU hat nämlich unsere Landwirtschaft in die – wie Reisinger sagt – verzweifelte Lage gebracht. Er beklagt, dass es derzeit alles andere als einfach ist, Bauernbundfunktionär zu sein: „Man ist fast ausschließlich mit bitteren Klagen konfrontiert – und ich kann alle, die da verzweifelt ihr Herz ausschütten, sehr gut verstehen.“

Jürgen Höfler, KPÖ-Gemeinderat in Schönegg bei Pöllau stellt dazu fest: „Verstehen genügt nicht. Man muss etwas unternehmen. Was bedeuten die EU-Sanktionen? Vor allem das: Die Neutralität unseres Landes wird über Bord geworfen. Dabei kosten sie Arbeitsplätze vor allem in der Landwirtschaft. Der Preisverfall bei den Schweinen und die Apfelkrise treffen uns in der

Region besonders hart. Und selbst der Raiffeisenkonzern macht jetzt Millionenverluste.

Dabei hätte sich das neutrale Österreich aus den Sanktionen gegen Russland heraushalten und mit dieser Haltung viel Geld oder, wie man

so sagt, eine goldene Nase verdienen können. Im Kalten Krieg hat unser Land von seinem Neutralitätsstatus profitiert.

Jetzt heißt es: Mitgefangen – Mitgehangen. Auch diesen Schaden hat uns die EU gebracht.“



Foto: Joujou - pixelio

Großer Schaden entsteht der steirischen Wirtschaft und Landwirtschaft durch die EU-Sanktionen. Die für den Export vorgesehene Apfelernte ist nur noch als Streuobst zu gebrauchen.

Was uns ein- und auffällt...

... dass vom 17. bis 19. Oktober im Gleisdorfer Dieselkino das **2. steirische Filmfestival** stattfindet.

... dass der **Schulbeginn** wieder ein tiefes Loch in den Geldbeutel vieler Eltern gerissen hat.

... dass die **Stadt Weiz** mit ihrem Projekt „Wir leben Energie“ für den österreichischen Klimaschutzpreis 2014 nominiert worden ist.

... dass die „**Bildungsregion Oststeiermark**“ für die Bezirke Weiz und Hartberg-Fürstenfeld die früheren Bezirksschulräte abgelöst hat. Sitz der Behörde ist in Hartberg.

... dass Gleisdorf, Weiz und Pöllau und viele andere Gemeinden, die fusioniert werden, zwischen Jänner und April 2015 wegen der Zusammenlegung Gemeinden **ohne Gemeinderat** sein werden. Sie werden nach der Zusammenlegung bis zur Gemeinderatswahl von Regierungskommissären geführt.

„Weltbeste Gerberei“ schließt Standort

Wollsdorf Leder ist als weltbeste Gerberei ausgezeichnet worden. Was dabei in den Hintergrund tritt: Die Firma wird bis Juni 2015 seine Stanzerei in Weiz schließen. Nur etwa 100 der 240 Mitarbeiter des Werks werden im nur wenige Kilometer entfernten Hauptsitz in Wollsdorf weiter beschäftigt.

140 Beschäftigte und 60 Leiharbeiter werden gekündigt. Der Grund: Nach dem EU-Beitritt Kroatiens ist die Produktion in einem neuen Werk in Varaždin profitabler.

Und: Die Sanierung der Schmidt-Deponie hat rund 17 Millionen Euro gekostet, nur eine Million hat Wollsdorf Leder als Rechtsnachfolger der Lederfabrik Schmidt dazu beigesteuert.

IN STADT UND LAND

Wir suchen Mitstreiter

Am 1. Jänner 2015 wird in der Region vieles anders. Gemeinden werden zusammengelegt, oft gegen den Willen der Bevölkerung. Es wäre notwendig, dass auch bei uns die Stimme der arbeitenden Menschen deutlicher zu hören ist als bisher. Die KPÖ kann keine Bäume ausreißen. Mit unseren Zeitungen zeigen wir aber, dass Information und Kontrolle möglich sind. Unsere Kritik geht von einem sozialen Standpunkt aus, den andere schon längst vergessen haben.

Viele finden unsere Arbeit gut und stimmen uns zu.

Wir brauchen aber Mitstreiter! Es ist notwendig, dass in den neuen Gemeinden die Stimme aller Ortsteile zu hören sein wird.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit haben, dann wenden Sie sich an folgende Telefonnummern: 0650 925 4988 oder 0650 4180703.

Artesische Brunnen

Der Streit um die artesischen Brunnen zeigt, wie von Seiten des Landes über die Leute darübergerfahren wird. Die Proteste der Brunnenbesitzer gegen diese Vorgangsweise sind mehr als verständlich und werden von der KPÖ unterstützt. Einige Be-

troffene sagen sogar, dass sie wegen Landesrat Seitinger, der für das Zusperrren der Brunnen verantwortlich ist, nicht mehr ÖVP wählen wollen.



Foto: Florian Schmidlinksy - pixelio

Seit 100 Jahren nützen viele oststeirische Familien ihre „Arteser“. Plötzlich macht das Land Probleme.

Sperrprämien: Ja, aber...

Die KPÖ hat im Landtag gefragt, ob Primärärzte, Pflegedirektoren und Verwaltungsdirektoren Bonuszahlungen für Personaleinsparungen erhalten. Die Antwort des Landes: So direkt ist das in den Sonderverträgen nicht festgelegt, aber: „Im Rahmen der Zielvereinbarungen, die der Vorstand der KAGes jährlich mit den Anstaltsleitungen abschließt und deren Erfüllung abhängig vom jeweiligen Sondervertrag der Füh-

rungskraft eine Prämienzahlung auslösen kann, werden solche Ziele vereinbart, die den mit dem Eigentümern der KAGes abgestimmten strategischen Stoßrichtungen und Ziele des Unternehmens entsprechen.“

Was heißt das auf Deutsch? Primärärzte bekommen Prämien, wenn sie die Einsparungsziele des Landes erfüllen. Und dazu gehört auch Personal- und Bettenabbau in den Spitälern.

Kommentar Ulrike Pendl

KPÖ

Oben wird nicht gespart



„Das Pflegepersonal hat eh genügend Zeit“. Diese Aussage einer Ärztvertreterin in der aktuellen Diskussion um die Arbeitszeiten in den steirischen Spitälern sagt sehr viel aus. Der Pflegeberuf braucht – auch und gerade innerhalb der Kages – mehr Anerkennung. Das Berufsbild und der Aufgabenbereich haben sich geändert. Sehr viele administrative Arbeiten und auch ärztliche Tätigkeiten müssen von den Krankenschwestern und Pflegern übernommen werden. Zusätzliches Gehalt gibt es aber nicht.

Die Umstrukturierungen treffen vor allem die Kleinen. Oben wird nicht gespart. Trotzdem erwarten die Menschen mehr Wertschätzung für die Patienten. Wer ständig

am Krankenbett ist, sollte nach dieser Meinung immer freundlich sein und auch Anfeindungen still erdulden. Es werden nur die Pflichten gesehen, aber die Rechte des Pflegepersonals werden unter den Tisch gekehrt.

Der Frust angesichts kritikwürdiger Zustände sollte aber nicht an den Beschäftigten abgeladen werden. Wir brauchen eine Spitalsreform, die nicht nur mit dem Rechenstift arbeitet und im Zusperrren und Verkleinern die Lösung sieht, sondern die Patienten, ihre Angehörigen und auch alle Beschäftigten – Ärzte und Pflegepersonal – in den Mittelpunkt stellt.

Ulrike Pendl

© Gina Sanders - Fotolia.com



Kommentar von Edi Giesen



Weltspartag: Überziehungszinsen begrenzen!

Österreichische Geldinstitute werden mit vielen Milliarden an Steuergeldern künstlich am Leben gehalten. Die Bevölkerung muss das mit immer neuen Belastungen bezahlen. Trotzdem halten die Banken an der Politik der Mini-Sparzinsen und der Maxi-Überziehungszinsen fest.

- die Sparzinsen sind niedriger als die Teuerungsrate,
- die Überziehungszinsen sind hoch wie nie zuvor.

So behandeln die Banken die große Mehrheit der Bevölkerung. Den Superreichen geht es so gut wie nie. Die Rettungspakete für die Banken und den Euro werden mit „Sparpaketen“ finanziert. 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr wollen SPÖ und ÖVP in der Steiermark jedes Jahr streichen. Viele Steirer können sich kaum noch das Dach über dem Kopf leisten, während mit Wohnbaugeldern Budgetlöcher gestopft werden.

Durch hohe Überziehungszin-

sen kassieren uns Banken und Sparkassen seit Jahren ab. Mittlerweile verlangen sie bis zu 14 Prozent für Kontoüberziehungen. Für die Banken ist das ein glänzendes Geschäft: Sie bekommen das Geld von der Europäischen Zentralbank für 0,25 Prozent, geben diesen Vorteil aber nicht an die Kunden weiter. Wer sein Girokonto überzieht, wird in schamloser Weise zur Kasse gebeten.

Viele Leute müssen ihr Konto am Monatsende überziehen, weil sie geringe Einkommen haben. Dass die Banken ausgerechnet daran noch Milliarden verdienen, muss aufhören! Seit Jahren setzt sich die KPÖ dafür ein, dass die Überziehungszinsen auf Girokonten begrenzt werden. Im Juni 2014 hat der Grazer Gemeinderat einstimmig einen Antrag der KPÖ beschlossen, dass Österreich eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten einführen soll. Protestieren auch Sie gegen das Abkassieren der Banken bei der Bevölkerung: Bei der nächsten Wahl mit Ihrer Stimme für die KPÖ!



© Kaasten fotolia.at

Das korrupte Euro-System sollte nicht künstlich am Leben gehalten werden. Höchst an der Zeit wäre es, soziale Wirtschaftsmaßnahmen zu belohnen anstatt zu bestrafen. Ein erster Schritt wäre die amtliche Regelung der derzeit über-tauerten Überziehungszinsen.



Alle Interessierten sind herzlich eingeladen

Samstag, 18. Oktober 2014, 10 bis 16.30
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

In den nächsten Jahren wird ein massiver Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in der Steiermark notwendig sein. An Planungen fehlt es nicht, aber an Geld. Eine Tagung mit Beiträgen von **Winfried Wolf** (Berlin), **Allan Alakülla** (Tallinn), **Karoline Mitterer** (Wien), **Werner Murgg** (Leoben), **Manfred Eber** (Graz), **Robert Fuchs** (Graz) und **Heinz Högelsberger** (Wien).



ZITIERT

„Die beiden sind Populisten, weil sie mediales Schulterklopfen bekommen. Sie bringen viel an Strukturen um, was ihnen offensichtlich egal ist. Gesinnung ist überhaupt keine mehr zu verspüren. Mir tut es weh, dass Sozialdemokraten so etwas machen. Es gibt niemanden in der SPÖ mehr, der Gegenteiliges sagt. Jeder, der den Geruch von links hat, wurde vertrieben oder hat sich einkaufen lassen. Wenn diese sogenannte Reformpolitik mit dieser Brutalität so weitergezogen wird, bedeutet das am Ende die Zerstörung eines Landes. Man kann eine moderne Gesellschaft nicht unter gewisse Standards runterfahren.“ Ex-Finanzlandesrat Kurt Flecker über Voves und Schützenhöfer, DER STANDARD, 10.8.2012

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 877 5102

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



Top-Ticket für alle unter 26!



Für Schüler und Lehrlinge bis 24 Jahre gibt es das **Top-Ticket**. Diese Jahresnetzkarte für alle Verkehrsmittel der steirischen Verbundlinien kostet 99 Euro. Sie gilt auch in den Ferien. Studierende haben dagegen keinen Anspruch auf den Erwerb eines Top-Tickets und müssen weit teurere und ungünstigere Zeitkarten in Anspruch nehmen. Das möchte der Kommunistische StudentInnenverband ändern.

Ein neues Semester hat begonnen. Für viele Studierende war es einmal mehr eine große Herausforderung das Geld für das Semesterticket zusammen zu kratzen. Höchste Zeit also für das Studierenden-Topticket um 99 Euro. Über 17.000 Menschen haben im Frühjahr für die Ausweitung des Top-Tickets auf Studierende unterschrieben. Die Forderung ist mehr als berechtigt: Das Top-Ticket wäre gegenüber dem jetzt zu bezahlenden jährlichen Betrag von über 200 Euro eine deutliche Entlastung für die studentischen Budgets, die durch hohe Mieten, Inflation und teure Studienunterlagen ohnehin schwer belastet sind.

Unterstützung ohne Realisierung

Zumindest in Worten unterstützen auch alle politischen Parteien das Studierenden-Topticket. So wurde im März im Grazer Gemeinderat eine von der KPÖ-Fraktion diesbezüglich eingebrachte Petition an das Land Steiermark einstimmig beschlossen.

Wort und Tat stimmen aber gerade bei der für Verkehr zuständigen FPÖ nicht überein. Auf Anfrage des Grazer KPÖ-Gemeinderates Robert Krotzer ließ FP-Verkehrsstadtrat Eustachio wissen, dass es von seiner Seite keine Gespräche über das Studierenden-Topticket mit seinem Parteikollegen und Verkehrslandesrat Kurzmann gegeben hat und solche auch nicht geplant sind. Engagement sieht wohl anders aus...



Der Grazer KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer setzt sich für die Ausweitung des Top-Tickets auf Studierende ein.

Ähnlich düster sieht es im Landtag aus, obwohl die Gesamtkosten, wie der Verkehrslandesrat Kurzmann in einer Anfragebeantwortung bekanntgab, gerade 2,9 Millionen Euro jährlich ausmachen.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Wir werden weiterhin Druck machen, damit neben Schüler/innen und Lehrlingen auch Studierende zu günstigen Tarifen fahren können.“ Druck wird es aber nicht nur im Landtag brauchen, sondern auch außerparlamentarisch. Robert Krotzer ruft dazu auf, in E-Mails an die Landesparteien das Top-Ticket zu fordern:

SPÖ: ltk-spoe@stmk.gv.at
ÖVP: office@stvp.at
FPÖ: lgst@fpoe-stmk.at

Bus und Bahn: Auch 2014 teurer

Erneut angehoben wurden mit 1. Juli 2014 die Preise für Bus und Bahn. Damit gab es im Verkehrsverbund eine Teuerung von 10% in nur zwei Jahren.



Gibt es Vorarbeiten für Gagaliner in der Steiermark?

Die KPÖ ging im Landtag dem Gerücht nach, dass derzeit die steirischen Straßen und Brücken um viel Geld für die Befahrung durch Riesen-LKWs – sogenannte Gagaliner – fit gemacht werden. In einer Anfrage im Landtag gingen die KPÖ-Abgeordneten dem Verdacht nach, dass in vorauseilendem Gehorsam künftige EU-Vorgaben vollzogen werden. Kreuzungen, Kreisverkehre, Bahnübergänge usw. sind für überlange und mehr als 44 Tonnen schwere Fahrzeuge nicht ausgelegt. Brücken müssen für überschwere LKW ersetzt oder verstärkt werden. Die Kosten wären immens.



Warum Krieg?

Gedanken zur Neutralität

Warum gibt es Krieg? Diese Frage stellt sich: 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg, 75 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, 15 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die feierlichen Worte an den verschiedenen Gedenkveranstaltungen klingen nämlich in diesem Jahr besonders hohl. Fast überall auf der Erde toben im Jahr 2014 Kriege und werden hunderttausende Menschen auf die eine oder andere Weise zu Opfern militärischer Gewalt.

Dabei haben die Meinungsmacher vor 25 Jahren ganz anders geredet. 1989 glaubte man, der Untergang des Sowjetsystems und des Warschauer Paktes werde das Ende der Geschichte und damit der Kriege bringen. Man sprach von einer Friedensdividende für die Menschheit.

Heute klingen solche Worte nur mehr weltfremd. Hochgerüstete Machtblöcke kämpfen um die Kontrolle von Rohstoffen und von Absatzmärkten, Kriege sind zum Mittel der Politik geworden. Und wie vor 100 oder 75 Jahren werden die schlimmsten Absichten durch die edelsten Worte in den Medien getarnt. Heute sagt man zwar nicht mehr „Jeder Schuss ein Russ“, im Jahr 2014 wird man aber als „Putinverstehler“ diffamiert, wenn man in der Krise rund um die Ukraine für Verhandlungen eintritt und die Spirale von Sanktionen und Kriegsvorbereitung ablehnt.

Schauen wir in den Nahen Osten: Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern werden immer blutiger, Frieden ist nicht in Sicht. Und im Irak zeigt sich, dass der Angriffskrieg der USA von 2003 nur neue Gefahren gebracht hat. Saddam Hussein war ein Waisenknabe, verglichen mit den muslimischen Klerikalfaschisten der Gruppe ISIS.

Die Jahrzehnte vor 1989 erscheinen aus heutiger Sicht wie eine goldene Zeit: Die großen militärischen

Blöcke betrieben eine Politik der friedlichen Koexistenz und Österreich war neutral.

Jetzt gibt es eine dieser Seiten nicht mehr. Die andere Seite hat in der Zwischenzeit getestet, wie weit sie im Streben nach Vorherrschaft und Neuaufteilung der Welt gehen kann, und dabei das Instrument des Krieges nicht gescheut: Nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nicht in Jugoslawien. NATO und EU sind immer näher an Russland herangerückt, zuletzt im Jahr 2014 durch den Umsturz in der Ukraine.

Jetzt zeigt sich: Man ist zu weit gegangen. Druck erzeugt Gegendruck. Und das erhöht die Kriegsgefahr. In Zeiten der Wirtschaftskrise haben die Herrschenden immer versucht, von ihren eigenen Problemen abzulenken und die Massen gegen einen äußeren Feind zu führen.

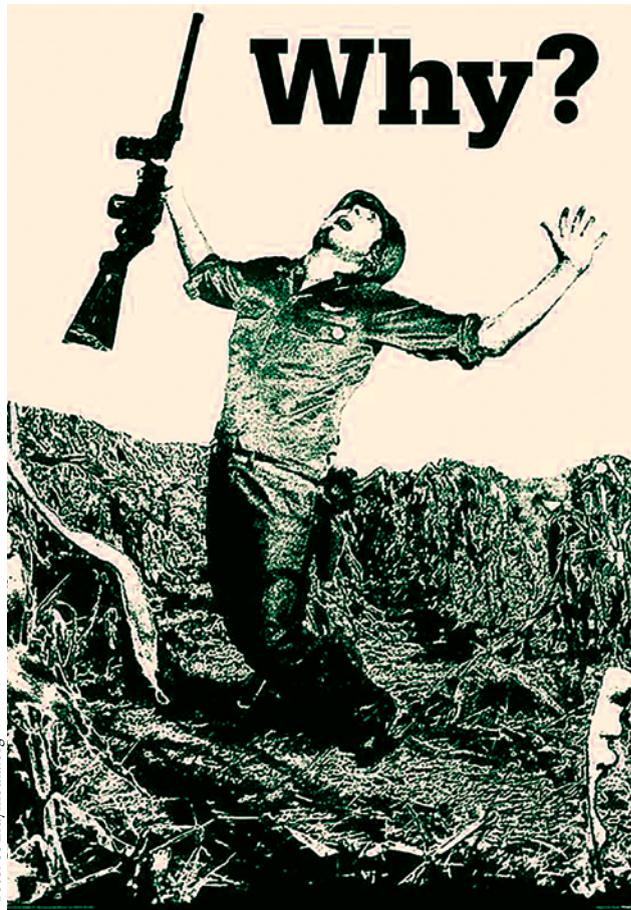


Foto: cc.indymedia.org

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Diese Worte des französischen Sozialisten Jean Jaurés, ermordet am 31. August 1914, haben ihre Bedeutung nicht verloren.

Kriege werden immer durch Medienkampagnen vorbereitet: Im Jahr 1914 wurde Serbien als Mörderstaat hingestellt, im Jahr 1939 sagte Hitler, dass seit 5.45 Uhr zurückgeschossen werde, weil Polen die deutsche Volksgruppe bedrohen würde. Und 2014?

Die Tragödien von 1914 und 1939 dürfen sich nicht wiederholen. Der Krieg kann verhindert werden, wenn die Menschen ihre Herrschenden nicht machen lassen, was sie wollen. Dazu braucht es Aufklärung, Information und Mobilisation. Das Eintreten für den Frieden ist wieder zu einer ganz wichtigen Sache geworden.

Franz St. Parteder

EU: Ein „Friede zieht in den

Der Lack ist abgeblättert. Die EU ist kein Friedensprojekt, sondern beteiligt sich mit Sanktionen und militärischer Aufrüstung an der Vorbereitung von Kriegen.

Die Militarisierung der EU begann schon nach dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992. Die sogenannte zweite Säule der EU wurde geschaffen: die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP), zu der auch gemeinsame Verteidigungspolitik gehört. Unter „Verteidigung“ versteht die EU das Eingreifen in alle möglichen für die Interessen der Mächtigen im Bündnis gefährlichen Situationen in Staaten und Regionen außerhalb der EU.

Nach 1992 ging es stetig voran mit der Aufrüstung: Aufbau militärischer Fähigkeiten zum „autonomen“ Losschlagen, Bildung der flexibel einsetzbaren „Battle Groups“, der Deutsch-Französischen Brigade und des Eurokorps, Arrangements mit der NATO über Dominanz und Priorität des von den USA beherrschten Kriegspaktes, Verabschiedung einer eigenen Europäischen „Sicherheitsstrategie“ 2003, Gründung einer Rüstungsagentur, Aufbau eines gemeinsamen Rüstungsmarktes, Schaffung einer eigenen Kriegsbürokratie (Militärausschuss, Militärstab).

Der Lissabonner EU-Vertrag von 2007 enthält einen eigenen Abschnitt über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der die Militarisierung der EU quasi verfassungsrechtlich – auf Europäisch heißt das „primärrechtlich“ – fest schreibt. Am 24. Juli 2013 gab die EU-Kommission bekannt, dass sie einen „Aktionsplan“ zur Erhöhung der „Effizienz“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ der

NEUTR
notwendig

„Pferdestärkenprojekt“ Krieg

Rüstungswirtschaft beschlossen hat. Denn ohne diesen werde die EU „nicht das nötige Gewicht in der Welt haben“, wie Kommissionschef Barroso sagte.

In der Ukraine-Krise wird diese Seite besonders deutlich.

Pferdestärken

Gerald Klug, SPÖ-Verteidigungsminister des neutralen Österreich hat nichts Besseres zu tun, als die EU zu militärischen Einsätzen aufzufordern. Am 23. 6. 2014 sagte er in Berlin: „Europa muss Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen. Die Mittel dafür haben wir, jetzt braucht es auch den politischen Willen dazu.“ Man müsse „die Pferdestärken auf die Straße bringen.“ Die Linzer Solidarwerkstatt erklärt dazu: Wer im militärischen Bereich »Pferdestärken auf die Straßen bringen will«, erklärt ziemlich unverblümt, dass er Krieg führen bzw. mit Krieg drohen können will. Folgerichtig fordert Klug die weitere EU-Militarisierung insbesondere bei Drohnen, Transportkapazitäten und für den Cyber-Krieg. Schon davor hatte der österreichische Verteidigungsminister gefordert, dass »die EU-Battlegroups endlich einmal zum Einsatz kommen« müssen und österreichische Soldaten »für den Kampf im Hochgebirge« bereit stehen.

Diese Fakten zeigen: Die EU-Politiker reden von Frieden, während sie die Aufrüstung vorantreiben. Im Sommer 2014 haben sie dabei eine Schwelle überschritten.

Krieg ist Wahnsinn

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Es gibt wenige Kriegsgewinnler, aber Tod, Elend und Verwüstung für die breite Masse. Aber auch die Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, bezahlen. Dadurch, dass die Gelder in die Aufrüstung anstatt in soziale Projekte fließen – und durch die steigende Unsicherheit.

Chaos, Instabilität und Radikalisierung

Am Beginn von Kriegen erklären die Machthaber immer, dass danach alles besser werden würde. Durch Krieg wird nichts besser. Das Gegenteil ist der Fall. Bittere Armut, Chaos und Instabilität und eine Spirale von Hass und Gewalt werden losgetreten. Mafiaähnliche Strukturen und Radikalismus jeder Art gedeihen auf diesem Nährboden. Die Ursache von radikalen Bewegungen und

Terrorismus liegen im sozialen Elend. Mit ausgelöst durch Kriege wie in Afghanistan oder dem Irak. Das erzeugt auch die Flüchtlingsströme. Die westlichen Großmächte sind nicht die Problemlöser sondern die Brandstifter!

Kriegerische Auseinandersetzungen hat es in den letzten Jahrzehnten leider oft gegeben. Aber nun wird eine neue Dimension erreicht. Der Papst spricht davon, dass wir uns bereits im Dritten Weltkrieg befinden. Österreich ist immer noch ein neutrales Land. Auch wenn sich unsere Eliten bedingungslos unter die EU unterordnen und unsere Neutralität stückweise ausgehöhlt wurde. Als neutrales Land haben wir die Verpflichtung, uns nicht an Kriegen und Militärpakten zu beteiligen und nicht einseitig Partei zu ergreifen. Sanktionen schaden dem Dialog und unserer Wirtschaft.



vom Renate Pacher, KPÖ
Stadträtin in Knittelfeld

Wir brauchen eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik. Als kleines neutrales Land könnten wir wesentliche Friedensimpulse setzen und so unserem Land internationales Ansehen verschaffen. Letztendlich ist eine aktive Neutralitätspolitik mit der Mitgliedschaft in der EU unvereinbar.

Krieg kann verhindert werden, wenn die Menschen ihn nicht zulassen. Dazu braucht es Aufklärung, Information und Mobilisation. Das Eintreten für den Frieden ist wieder zu einer ganz wichtigen Sache geworden.

**FREIHEIT
FRIEDEN**

ÖSTERREICH



Auf uns
kommt's an

Festveranstaltung zum Neutralitätsfeiertag

So. 26. Okt. 2014 – Beginn 10h

St. Radegund bei Graz, Kinderlandheim Richard Zach

Begrüßung: Elke Kahr (KPÖ) und Susanne Neumayer (Kinderland)

Festansprache: Hannes Hofbauer

Lieder von Jura Soyfer

mit Maren Rahmann (Stimme, Akkordeon) und Rudi Görner (Kontrabass, Stimme)

Brecht, Fried, Arbeiterlied

Texte und Lieder, Gestaltung: Kinderland



ALITÄT!
er denn je!





GLB

Von Hilde Tragler,
Arbeiterkammerrätin
des Gewerkschaftlichen
Linksblocks

Die Ware Arbeitskraft – Beispiel Leiharbeit

Das seit 2013 geltende neue Arbeitskräfteüberlassungsgesetz hat im Bereich Leiharbeit einige Verbesserungen gebracht. Ein wesentlicher Punkt ist, dass Leiharbeiter im Beschäftigterbetrieb gleich behandelt werden müssen wie die Stammbesetzung. Soweit die juristische Seite.

Wenn ohnehin alle gleichgestellt sind, stellt sich aber die Frage, warum es Leiharbeit überhaupt noch gibt bzw. warum sie – im Gegenteil – noch weiter zunimmt. Der Hauptgrund ist ganz einfach folgender:

Die Leiharbeiter sind am Arbeitsmarkt die „Manövriermasse“. Über das System Leiharbeit lassen sich sozialpolitische Errungenschaften (z.B. Kündigungsfürwarnsystem) umgehen. Bei einem Konjunkturabschwung werden Leiharbeiter einfach zurückgeschickt und kein Hahn kräht mehr nach ihnen. Vor allem aber spaltet der Sektor Leiharbeit den Arbeitsmarkt zusätzlich, wo durch die steigende Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und das Auspielen

von Jung und Alt gegeneinander ohnehin bereits ein großer Druck auf den Beschäftigten lastet.

Die Leiharbeitskräfte selbst haben das Problem, dass ihre Situation von den Firmen oftmals ausgenutzt wird, indem sogar gesetzliche Vorgaben umgangen werden. So arbeitet man beispielsweise mit Scheinwohnsitzen, um Fahrtkostenbeiträge zu sparen. Die Betroffenen akzeptieren das oftmals, um ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Es ist allgemein bekannt, dass bei den Arbeitskosten am meisten eingespart wird. Eine der größten Fehlentwicklungen ist, dass man derzeit überhaupt keine Beschäftigungspolitik macht, sondern stattdessen die vorhandene Arbeit möglichst wenigen aufbürdet.

Die Ausrede der Politiker lautet dann: Wir müssen sparen! Für alle, die ihre Arbeit bereits verloren haben, klingt das zynisch. Denn sie wissen oft gar nicht, wie sie überhaupt ihre Existenz bestreiten sollen,

meint Ihre Hilde Tragler

KPÖ für Stärkung der Neutralität und Ausstieg aus EU-Battlegroups

Am 20. Jänner 2013 sprach sich eine deutliche Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gegen die Einführung eines Berufsheeres und für die Beibehaltung des Milizsystems aus. Das Ergebnis der Volksabstimmung wird nun von SPÖ-Verteidigungsminister Klug sabotiert. Er spart das Bundesheer zu Tode. Ausgenommen vom Kahlschlag sind bezeichnenderweise Einsätze im Ausland. Von Einsparungen bei den EU-Battlegroups ist keine Rede. Darauf wies KPÖ-LAbg.

Werner Murgg hin. Die Pläne des SP-Ministers stellen einen direkten Angriff auf Österreichs Neutralität dar und missachten den Willen der Bevölkerung. Werner Murgg: „Klug ist als Verteidigungsminister untragbar. Die steirische KPÖ bekennt sich zur Neutralität und zu einem Milizheer, das auch mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden muss, um seinen Aufgaben nachkommen zu können. Eine Beteiligung an NATO- und EU-Projekten gehört nicht dazu.“



Gemeindesanitätsdienst gesichert

Das Verstorbene in der Steiermark oft tagelang keiner Totenbeschau unterzogen werden, ist ein arger Missstand, der nun auf Drängen der KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler beendet wird. Bis 2003 waren die zuständigen



Distriktsärzte beim Land angestellt und sollten danach durch Gemeindeärzte ersetzt werden. Dafür wurden die Gemeinden verpflichtet, für den Aufbau eines Gemeindesanitätsdienstes zu sorgen, allerdings mit mangelnder finanzieller Ausstattung. Die Folge: Aufgrund von Pensionierungen bei den Distriktsärztinnen und -ärzten – rund 150, nur halb so viele wie vor 2003 sind noch im Einsatz – verschärft sich das Problem von Jahr zu Jahr, da kaum jemand deren Aufgaben zu übernehmen bereit ist.

Claudia Klimt-Weithaler: „Nachdem der eingeschlagene Weg in eine Sackgasse geführt hat, war eine Lösung überfällig. Jetzt scheint die Regierung den Ernst der Lage erkannt zu haben.“

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



GLB-KPÖ

Termine unter Tel.

0660 / 1426 080

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

Wozu immer größere Einkaufsflächen?

Die Arena Fohnsdorf baut wieder dazu, ist das gut? Gastkommentar von Mag.^a Silvia Hartleb, Zeltweg

Wenn es um die Errichtung von Einkaufscenterflächen geht, profitieren in der Regel nur wenige Menschen. Die Investoren sitzen meist irgendwo auf der Welt, alles was sie wollen, ist die Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals. Ob aus unserer Region junge, gut ausgebildete Menschen abwandern oder unsere Stadtzentren veröden, das berührt diese Investoren nicht. Sie leben ja nicht hier.

Prof. Karl Ganser, anerkannter deutscher Regionalentwickler und Raumplaner, riet unseren Bürgermeistern bereits 2004, bei Investitionen in der Gemeinde darauf zu achten, ob der Investor den Lebensmittelpunkt in der Region hat, in der dieser investieren möchte. Ist das nicht der Fall, sind die Investitionen, die solche Menschen tätigen, meist langfristig nachteilig für die Region, die damit „beglückt“ werden soll. Es gibt natürlich Ausnahmen, die sind aber – glaubt man dem Fachmann – selten.

Gewinner & Verlierer bei Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“

Ein deutscher Projektentwickler

Riesige Einkaufszentren überziehen die Steiermark. Können wir uns dadurch mehr leisten?



Im Bild: Die Arena Fohnsdorf baut aus. Eine Verkaufsflächenerweiterung wäre nicht erlaubt. Aber was ist das?

rechnet „intern“ damit, dass für 10.000 m² Handelsfläche, die neu entsteht, ein Einzugsgebiet von 270.000 Einwohnern nötig ist, damit der Bestand nicht leidet. Das heißt im Klartext: Wenn wir damit rechnen, dass das Murtal etwa 100.000 m² Handelsfläche an den Ortsrändern hat, bräuchten wir rund 2,7 Millionen Einwohner, damit die Städte und Ortskerne noch immer gut leben können, ihre Häuser sanieren können und schöne Auslagen mit toller Ware bieten können.

Wir haben im Murtal rund 70.000 Einwohner. Und noch immer

träumt so mancher Bürgermeister davon, auch Geschäfte aus dem Ortszentrum an den Ortsrand zu verlagern...

Was hat das mit der Arena Fohnsdorf zu tun?

Die Fakten liegen am Tisch: In Fohnsdorf dürfen lt. EKZ-Verordnung aus dem Jahr 2004 Einkaufszentren mit maximaler Verkaufsfläche von 5000 m² stehen. Die Arena hat über 50.000 m² vermietbare Fläche, der Großteil davon ist Verkaufsfläche. Wie es dazu kommen konnte, darüber streiten sich vermutlich Fachleute.

Die zuständige Fachabteilung des Landes hält jegliche Zubauten, die zu mehr Verkaufsfläche führen, heute für „rechtlich unmöglich“. Gebaut wird trotzdem, Bürgermeister Stranner hat offenbar einen Baubescheid ausgestellt, der zwar „momentan rechtsgültig ist, jedoch gegen geltendes Raumordnungsrecht verstößt“ ... Und die Menschen verlangen, dass auch die Ortskerne wieder belebt werden. Und das wollen angeblich auch unsere Politiker, aber: Wenn der Flächenwildwuchs „draußen“ weitergeht, wird das immer schwieriger, denn Hand aufs Herz: Kaufen Sie jeden Artikel doppelt, nur weil immer mehr Handelsflächen entstehen? Wohl kaum ...

Man darf also gespannt darauf sein, ob der Flächenwildwuchs in der Arena Fohnsdorf endlich „von Amts wegen“ gestoppt wird oder ob die Entwicklungschancen unserer Region weiterhin quasi mit dem Sanktus von Behörden & Politik verschlechtert und beschnitten werden! Hoffen wir, dass sich das Blatt endlich wendet.



Pensionen, Pflegegeld: Senioren zahlen drauf

Die ältere Generation muss weiter für die Bankenrettungen und für das Stopfen von Budgetlöchern zahlen.

Nach den Mini-Erhöhungen der Pensionen in den Jahren 2013 und 2014 soll es im kommenden Jahr höchstens 1,6 % brutto geben. Die Verluste der vergangenen Jahre werden nicht ausgeglichen. Dabei werden Wohnen oder Lebensmittel viel schneller teurer als die allgemeine Inflationsrate.



Das trifft vor allem die Senioren. Wir lassen uns dieses Spiel mit unseren Schicksalen nicht mehr gefallen!

Ein Sockelbetrag von 30 Euro monatlich. Das ist bei der nächsten Pensionserhöhung das Mindeste, was wir von der Regierung verlangen.

die Real-Pensionsverluste der letzten Jahren müssen ebenfalls endlich ausgeglichen werden.

Schock bei Pflegegeld

Die Regierung plant aber bereits weitere Verschlechterungen für die ältere Generation. Der Zugang zu Pflegegeld, ohnehin nicht wertangepasst

und bereits 2011 verschlechtert, wird weiter erschwert. Der Sozialminister möchte den Zugang zu den Pflegestufen 1 und 2 dadurch erschweren, dass beginnende Demenz nicht mehr berücksichtigt wird. Wenn diese Verschlechterung beschlossen wird, werden viele pflegebedürftige Menschen einfach sich selbst überlassen.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPO** wirkt!
Mit Rat und Tat! Graz, Landhaus
Voranmeldung erbeten

EINE BOTSCHAFT AUS DEM GEFÄNGNIS

„Es begann alles ganz harmlos“

Dieser Text (gekürzt) erreichte uns aus dem Gefängnis. Der Verfasser: „Ich schreibe das alles nieder, um Aufklärungsarbeit zu leisten und zu verhindern, dass noch mehr Menschen ins Verderben rennen.“

Es begann alles ganz harmlos. Vor Jahren wurde ich von einem Freund dazu animiert, mit ihm ins Casino zu gehen. Ich dachte: Kann ich ja einmal probieren, und wenn ich den Hunderter, den ich dafür vorgesehen habe, verliere, geht das in Ordnung.

Gesagt, getan. Ich saß vor ein paar Maschinen, und da ich die Absurdität meines eigenen Tuns zu durchschauen glaubte, sah ich mich auch nicht in Gefahr. Ich saß vor einer Slot-Maschine, schob den Hunderter in den dafür vorgesehenen Schlitz und startete den Automaten. Die Symbole liefen ein paarmal über den Bildschirm und blieben plötzlich stehen. Drei gleiche Symbole bildeten in der Mitte des Bildschirms eine Reihe. Ich wollte weiterspielen, aber es tat sich nichts. Nur ein gleichmäßiges Ticken kam aus dem Inneren der Maschine, ganz oben leuchteten die Lichter in einem kleinen Glaszylinder.

Ich dachte schon, ich hätte etwas

beschädigt, doch es kam anders. Mir war die Situation peinlich, ich wollte weg, doch starteten mich die Laute an und ich musste bleiben, dazu stehen. Dann kamen einige Angestellte des Casinos direkt auf mich zu. „Gratuliere, Sie haben den Hausjackpot geknackt!“ Aus den Lautsprechern hörte ich noch eine Fanfare mit dem Wort „Jackpot“ in einer tiefen Stimmlage, dazu blätterten mir die Männer 60.000 Euro auf die Hand.

Anfangs wusste ich nicht, ob dies Segen oder Fluch bedeute, ich wollte doch nur aus Neugier einmal im Casino spielen und hatte keine wirkliche Gewinnabsicht. Ich war nie ein Mensch, der sich durch Geldgewinne persönlich bereichern wollte. Im Privaten lebte ich bewusst bescheiden. Dass in diesem Moment mein völliger Niedergang, die Zerstörung meiner Persönlichkeit eingeschlossen, begann, konnte ich nicht im Geringsten ahnen, erst recht



nicht, dass ich nicht nur mich selbst in meiner Existenz gefährden würde, sondern mein gesamtes Umfeld, meine Familie, meine Freunde, und hätte ich eine eigene Familie gehabt, auch diese!

Damals, im Jahr 2003, war Graz gerade europäische Kulturhauptstadt, ich war daran mit einem Projekt beteiligt. Ursprünglich wollte ich meinen Gewinn wieder in neue Projekte investieren, merkte aber noch nicht, dass sich etwas in mir verändert hatte, wogegen ich anzukämpfen nicht imstande war. Sicher, man kann sagen, mit Vernunft oder anhand der Beobachtung anderer „Spielerchicksale“ wäre es doch geboten gewesen, diese Veränderung zu durchschauen. Dennoch: Ich ging wieder ins Casino und dachte, es sei ziemlich einfach, zu gewinnen.

Meine Projekte hatten ja Zeit. Ich nahm mir von dem Geld ein kleineres Bündel und wollte es am Roulettetisch versuchen. Ich verlor. Zu Hause dachte ich mir: Vielleicht ist der Automat doch besser. Am darauf folgenden Tag ging ich wieder hin, verlor und verlor. Daneben sah ich andere gewinnen. Es muss doch gehen, beim ersten Mal habe ich immerhin gleich 60.000 Euro gewonnen... Aber ich verlor und verlor, bemerkte nicht, dass es längst nicht mehr um Geldgewinn ging, sondern um das Gefühl, welches beim Gewinnen entsteht.

Ich bemerkte nicht, dass ich die

Kontrolle verloren hatte, ein völlig „neues Denken“ entwickelt hatte, in dem es nur mehr um das Hochgefühl des Gewinnens geht, dass ich, angetrieben von der Niedergeschlagenheit in der Verlustphase, nur noch diesem Hochgefühl hinterherlaufe. Ich war unbemerkt zu einem Abhängigen einer Maschine geworden.

Auch ein Lügner wurde ich, ich belog meine Freundin, meine Freunde, alle. Ich wollte nicht gesehen werden, wenn ich ins Casino ging, denn die Vernunft, vor der war es immer noch eine Schande, ins Casino zu gehen. Ich besuchte, wie ich später auf einem Auszug sah, 30 Mal das Casino, verspielte die 60.000 Euro wieder, mein gesamtes eigenes Geld und auch Geld meiner damaligen Freundin. Ich stellte mich selbst meiner Verantwortung und kam ins Gefängnis. Das war mir nur recht, es war ein erster Schritt, meine Spielsucht zu bezwingen. Doch eine Therapie für Spielsüchtige gab es im Gefängnis nicht. Ich hoffte, mich selbst zu heilen. Zunächst sperrte ich mich vom Gefängnis aus im Casino (was überflüssig war, denn man müsste in Österreich schon entmündigt sein, um nicht jede Sperre wieder aufheben zu können), arbeitete an meinen Bildern. Ich war felsenfest davon überzeugt, die Spielsucht aus eigener Kraft überwunden zu haben, ich bräuchte bloß nicht ins Casino zu gehen.

Glücksspielgesetz: Was ist ab 2016 neu?

- Die legalen Einsätze pro Spiel werden von bisher 50 Cent auf 10 Euro erhöht. Ein Spiel dauert nur eine Sekunde. So kann in kurzer Zeit sehr viel Geld verspielt werden – in 24 Stunden bis zu 828.000 Euro!
- Die Zahl der Automaten ist ab 2016 steiermarkweit auf 1009 Stück limitiert.
- Drei Lizenzen werden fix für 12 Jahre an Glücksspielkonzerne vergeben.
- Automatenenspiel ist nur in eigenen Mini-Casinos erlaubt, die Einzelaufstellung in Tankstellen, Gasthäusern etc. wird eingestellt.



Claudia Klimt-Weithaler: „Die Steiermark hätte die Chance gehabt, aus dem ruinösen Automatenenspiel auszusteigen. Voves und Schützenhöfer haben es vorgezogen, die Konzerne zu bedienen. Das kleine Glücksspiel richtet großen Schaden an. Wir kämpfen weiter für einen Ausstieg.“

**KLEIN ODER GROSS
– KEIN SPIEL!**

Die KPÖ kämpft seit Jahren gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht. Ein Ausstieg der Steiermark aus dem „kleinen Glücksspiel“ wäre möglich gewesen. Doch SPÖ, ÖVP und FPÖ haben durchgesetzt, dass ab 2016 sogar noch höhere Einsätze möglich sind. Dann wird es – legal – möglich sein, in 24 Stunden 828.000 Euro zu verspielen!



So wurde ich 2010 wieder entlassen, fand durch die Kunst wieder einen Einstieg in die Gesellschaft. Zwar war ich nun ein „Sozialfall“, aber aufgrund meiner Fähigkeiten würde ein Aufstieg schon bald möglich sein. Einen großen Bogen um das Casino machend ging ich zum Sozialamt, wo ich 2010 meine Mindestsicherung erhielt. Daneben absolvierte ich ein Unternehmensgründungsprogramm, welches mir vom AMS aufgrund meiner Ausbildung und meiner Fähigkeiten finanziert wurde. Ich kam bei einem Spielanbieter vorbei. „Wetten, Sie gewinnen!“ stand in übergroßen Lettern auf der Front eines Hauses...

Um es abzukürzen: Heute sitze ich wieder im Gefängnis.

Jedes Geld, das ein „normaler Mensch“ in einen Automaten wirft, geht ihm, der Familie und der Gesellschaft ab. Jeder Hunderter, den ein Arbeiter nach seinem Dienst in einen Spielautomaten steckt, wäre besser investiert, wenn er es für seine Kinder sparen oder sich wenigstens etwas anderes gönnen würde, das die Volkswirtschaft belebt. Die Folgen können verheerend sein: Spielsucht, Verlust von Geld, Freunden, Arbeit... bis hin zum Tod oder Gefängnis!

Den Werbeslogan „Wetten, Sie gewinnen“ möchte ich gerne neu formulieren, realitätsnäher: „Wetten, sie verlieren: Ihr Geld, Ihre Freunde, Ihre Familie, Ihre Existenz“.

*Der Autor ist uns
namentlich bekannt.*

Wird fortgesetzt

**Programm**

Alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 712959 – bildungsverein.kpoe-steiermark.at

**Freitag, 24. Oktober 2014, 18.30 Uhr:
Kommunismus auf Türkisch**

Diskussion mit kommunistischen Bürgermeistern

Die nordkurdische Provinz Dersim/Tunceli ist eine Hochburg der Linken, für ihren Widerstandsgestus mussten die hier lebenden Alewiten und Kurden über Jahrzehnte Verfolgung, Vertreibung und Gewalt durch den türkischen Staat erleiden. Bei den Kommunalwahlen im heurigen Frühjahr kam es allerdings zu einer Sensation: In der Stadt Ovack wurde erstmals in der Geschichte der Türkei ein Kandidat der Kommunistischen Partei zum Bürgermeister gewählt. In Ovack wie auch im ebenfalls kommunistisch regierten Mazgirt setzen sich die Revolutionäre für die Umsetzung rätendemokratischer Struktur, Unterstützung für die Armen, Senkung der Öffi-Tarife, Schaffung von Wohnraum sowie Hebung des Wohlstands und der wirtschaftlichen Produktivität ein. Bei ihrem Besuch in Graz werden die kommunistischen Bürgermeister von ihren Erfahrungen berichten und mit der KPÖ Steiermark über Möglichkeiten und Perspektiven kommunistischer Kommunalpolitik diskutieren. Anschließend internationales Musikprogramm.

**Die Diktatur
des Kapitals**

Souveränitätsverlust im
postdemokratischen Zetlar

**Dienstag, 4. November, 19 Uhr:
Die Diktatur des Kapitals**

Buchpräsentation und Diskussion mit **Hannes Hofbauer** (Publizist, Wien) und **Thomas Krautzer** (Industriellenvereinigung Steiermark) Global agierende Kapitalgruppen treiben Parlamente und Regierungen vor sich her. Die Wirtschaft steht längst nicht mehr im Dienste des Menschen. Hannes Hofbauer analysiert dies in seinem neuen Buch als „Diktatur des Kapitals“, die von ihren Ideologen zwar als „liberale Demokratie“ definiert wird, aber in Wahrheit nur die Logik der kapitalistischen Akkumulation akzeptiert. Im Anschluss an die Präsentation diskutiert Hannes Hofbauer mit Dr. Thomas Krautzer (Industriellenvereinigung Steiermark) die zentralen Thesen seines Buches.

Die andere Geschichte des Habsburger-Reiches im Ersten Weltkrieg:

**Freitag, 14. November:
100 Jahre Erster Weltkrieg - Eine
Forschungsbilanz »**

Podiumsdiskussion mit Hans Hautmann, Anton Holzer, Manfred Rauchensteiner und Heidrun Zettelbauer

**Samstag, 15. November 2014, 10 bis 17 Uhr
Symposium zur Kriegsdiktatur in Österreich und ihren Auswirkungen**

Das Symposium wird sich der lange Zeit vergessenen, verdrängten, verschwiegenen Thematik widmen sowie weitere Fragen aufs Tapet bringen, die im Krieg zur Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte beitrugen und letztlich den Zusammenbruch der imperialistischen Großmacht Österreich-Ungarn bewirkten. Im Mittelpunkt des Interesses stehen unterschiedliche Aspekte der Kriegsdiktatur in Österreich. Mit Beiträgen von Hans Hautmann, Wolfgang Neugebauer, Heidrun Zettelbauer, Christian Promitzer, Nicole-Melanie Goll und Simon Loidl.

Morosoff-Kosaken in Graz**Traditionelle
Lieder und Tänze
der Kosaken.
Mit Igor Morosoff
und dem Balalaika-
Quartett**

Samstag,
13. Dezember 2014,
19 Uhr 30
Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a

AK: 16, VVK: 14 Euro
Karten unter:
0650/4231788

*Eine Veranstaltung der
Morosoff-Kosaken. Mit
Unterstützung des KPÖ-
Bildungsvereins.*



**Briefe an die
Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

STEIRISCHE
Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

**... zum Thema Steuern,
Wohnen, Gehalt
und Arbeit...**

Ich schreibe aus dem Leben einer alleinerziehenden Mutter von zwei Schulkindern, die eigentlich nur versucht zu „überleben“, allem gerecht zu werden und die Anforderungen immer teurer werdender notwendiger Dinge zu meistern.

Das ist meine Geschichte und die vieler anderer Frauen wahrscheinlich auch. Ich gehe jeden Tag Vollzeit arbeiten. Ich gehöre zu der braven arbeitenden Bevölkerung die eigentlich vom Staat Begünstigungen kriegen müsste – billiger Wohnen zum Beispiel. Oder gesenkte Preise bei der Schule der Kinder. Oder die Senkung der Lohnsteuer!

Sprich: ich gehe Vollzeit arbeiten und werde dafür auch noch bestraft. Mir bleibt abzüglich der ganzen Steuern, Miete, Heizung und Strom gerade noch das, was ich brauche um in die Arbeit zu kommen – Geld für Auto und Sprit.

Was dann noch überbleibt – davon will ich gar nicht reden. Dafür schäme ich mich, wenn ich dann er-

zähle, das ich trotzdem noch Vollzeit arbeiten gehe.

Und die Kinder? Die Zeit wenn sie krank sind oder selber Sorgen haben und die Mutter brauchen wüden?

Es ist zum Schreien ungerecht. Warum stopfen wir Kleinen alles mit den Steuern? Warum müssen wir Pleitebanken erhalten?

Oder bekommen marode Banken das Geld das wir eigentlich gar nicht haben?

Kann mir das wer erklären? Was ist das für ein familienunfreundlicher Staat? Was ist das für eine Sauwirtschaft da oben.

Nicole, eine Mutter die versucht, zu überleben

Vorteilscard

Die Ermäßigung bei der ÖBB-Vorteilscard Senior beträgt 45 Prozent. Beim Steirischen Verkehrsverbund bekommt man aber nur mehr 40 Prozent. Das merkt man bei längeren Fahrten in der Geldbörse. Das ist wieder einmal so eine versteckte Verteuerung. Man wird überall nur mehr geschröpft.

Bruno Galler, Scheifling

**Erinnerung an Franz Muhri
12. Oktober 1924 - 7. September 2001**

Franz Muhri, der langjährige Vorsitzende der KPÖ, wäre am 12. Oktober 90 Jahre alt geworden. Er wurde am in Steyeregg in der Weststeiermark geboren. Er starb am 7. September 2001 in Wien.

Muhri begann seine berufliche Laufbahn als Bauarbeiter. Während der Zeit des Nationalsozialismus trat er 1940 einer kommunistischen Gruppe bei. Muhri wurde eingezogen, flüchtete und schloss sich einer Widerstandsgruppe an, die als Koralm-Partisanen bekannt wurde.

Seine Laufbahn in der KPÖ be-

gann er nach der Befreiung in Deutschlandsberg und Voitsberg als Parteisekretär.

Leider haben die offiziellen Stellen unseres Bundeslandes noch keine Form für die Ehrung von Franz Muhri gefunden. Seine Leistungen im Widerstand gegen die Nazis und sein Versuch, die internationalen Verbindungen der KPÖ für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu nutzen, sollten heute, viele Jahre nach dem Kalten Krieg, anerkannt werden.



DruckZeug
Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen:
Ehemalige Setzer-/DruckerInnen, die ihr Wissen über Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten:
Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative

Foto: Eva Mochtinger-Milosevic

Mehr Infos über den Verein auf www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at
Tel.: 0699-12680414

WO: Buchdruckerei Bauer Annenstraße 19/ Hotzgebäude, 8010 Graz

Zu vermieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle: VOLKSHAUS GRAZ, Lagergasse 98a
für Kleinkunst, Theater, Lesungen, Seminare uvm.



Anfragen an:
lothar.laesser@volkshaus-graz.at
oder telefonisch
Mo-Fr. von 7-14 unter:
0316/71 29 59

Kleinanzeigen

Grundstück in Toplage in **Kapfenberg-Parschlug**, 731m², provisiionsfrei zu verkaufen! Tel. 0664/655 3449.

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at



RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
www.mieterschutzverband.at

JETZT AKTIV WERDEN!
"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sagen wir von der kommunistischen Jugend. Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig!

KjÖ MACH DEINE WUT ZU WIDERSTAND!

Alle Infos, Kontakt und Mitmachen: www.kjoe.at

4. GRAZER **PROTESTSONGCONTEST**
ANSCHLIESSEND AUFLEGERE!

Laut gegen Sozialabbau, Rassismus oder Nagis Verbotspolitik! Publikum und Jury suchen den besten Protestsong.

Bewerbungen als Band oder Solo-Künstlerin an graz@kjoe.at bis 22. Oktober 2014.

FREITAG, 31. OKTOBER
20 UHR | VOLKSHAUS GRAZ
Lagergasse 98a, Linie 5, 39, 41, Karlauer Kirche/Gortel

GENERATION WIDERSTAND!
www.kjoe.at

Raus aus der EU!
SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

www.solidarwerkstatt.at

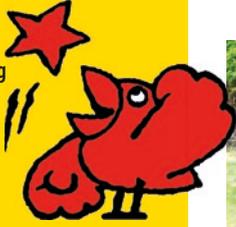
Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Singen im Volkshaus

im Volkshaus, Lagergasse 98a
jeweils Freitag, 19 Uhr

Wer gern singt, kann mitmachen:
Lieder und Chöre der Arbeiter-
und
Friedens-
bewegung

Info:
eva.itzlinger@chorifeen.com



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Wolli: ist ein im Mai 2008 geborener Mudi-Mischlingsrüde. Er ist freundlich, verspielt und mit anderen Hunden verträglich.



Aika: ca. 9-jährige Schäfermischlingshündin. Braucht ein Haus mit Garten oder eine ebenerdige Wohnung um ihr das Stufensteigen zu ersparen. Sie ist freundlich und noch aktiv für ihr Alter.



Amigo: kastr. Dogo Canario Rüde, geb. Sept. 2012. Freundlich, verschmust, verspielt. Er ist mit Kindern verträglich und bleibt problemlos allein zuhause.



Inka: geb. 2012, Staffhündin. Sie ist steril, freundlich und sehr verspielt. Verträgt sich nicht gut mit anderen Hunden. Aufgrund ihres noch jungen Alters kann sie noch trainiert werden.



Stupsi: ist eine bereits ältere, sterile Katzendame, die ihr Heim verloren hat, weil ihre Besitzerin ins Pflegeheim gekommen ist. Sie ist zutraulich und sucht einen Platz mit Freigang.



Nora: Katzendame, sterilisiert, noch jüngeren Alters die ihr Heim aufgrund einer Delogierung verloren hat. Sie ist freundlich, verschmust und mit anderen Katzen verträglich.



Fly und Trixi: sind zwei weibliche Degus, die ihr Heim aufgrund eines Umzuges verloren. Sie sind sehr zutrauliche und aufgeweckte Kleinnager.



Pepino und Murphy: wunderschöner Meerlibock, der zusammen mit seinem Freund Murphy sein Heim verloren hat. Juni 2013 geboren, würden sie gerne weiter zusammen bleiben.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteilgruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

Wohnungskrise: Was tun?

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Die KPÖ setzt sich für einen Teuerungsstopp beim Wohnen ein und verlangt mehr Mittel für den sozialen Wohnbau. Was denken Sie?

- Wohnen muss wieder leistbar sein, z.B. durch die kommunalen Wohnbau oder eine bessere Wohnbeihilfe.
- Der Markt soll die Wohnkosten regeln. Man soll halt dort wohnen, wo die Wohnungen billiger sind.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Newsletter Landtag.

Name:

Adresse, E-Mail:



An die

**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at



**STEIRISCHE
Volksstimme**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.



**KPÖ: Gut aufgestellt
ins Wahljahr 2015**



2015 werden die Gemeinderäte (außer Graz) und der Landtag in der Steiermark neu gewählt. Die KPÖ bereitet sich darauf vor, mehr Verantwortung für soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu übernehmen.

Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler (1. Reihe links): „Keine Sparpakete auf Kosten der Bevölkerung!“

Wir wollen leistbares Wohnen durch eine Erhöhung der Wohnbeihilfe sowie die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbaufördergelder. Nur so kann durch sozialen Wohnbau der Wohnungsnot und Teuerung bei Mieten und Betriebskosten entgegen gewirkt werden.“

Aktiv vorgehen möchte die KPÖ-Madatarin auch gegen die Kinderarmut in der Steiermark, die in den vergangenen Jahren traurige Rekordwerte angenommen hat.



4. GRAZER

PROTESTSONGCONTEST

FREITAG, 31. OKTOBER | VOLKSHAUS GRAZ | 20 UHR

„Ihr habt das Recht, gesittet „pfui zu sagen!“, hieß es schon beim alten Goethe. Beim 4. Grazer PROTESTSONG-CONTEST gehts auch ungesittet.

Für Protest und Protestlieder gibt es genügend Gründe: Nagls Verbotspolitik, niedrige Löhne und teure Öffi-Preise, Umweltzerstörung und Diskriminierung von Frauen, ras-

sistische Hetze, Kriegstreiberei und neoliberale Propaganda, Sozialabbau und Kaputtsparen der Bildung oder die immer weiter steigende Kluft zwischen Arm und Reich.

Und weil zustimmt, wer schweigt, laden KJÖ und KSV Musiker und Bands ein, beim 4. Grazer Protestsong-Contest ihrem Ärger Luft zu machen. Gegen wen

oder was und in welchem Musikstil, das ist freigestellt. Am 31. Oktober 2014 werden die provokantesten und originellsten Lieder im Grazer Volkshaus (Lagergasse 98a) präsentiert. Mittels Publikumsvoting und Jury werden die größten Querköpfe gekürt. Zu gewinnen gibt es einen Studiotag, Bier und viele weitere schöne Preise.

Schickt uns eure Protestsongs! entweder per Post an KJÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz oder ganz einfach als mp3 per Mail an graz@kjoe.at.

Wir freuen uns auf eure Einsendungen, für weitere Fragen schreibt uns bitte an oben genannte Mail-Adresse. Einsendeschluss ist der 22. Oktober 2014.